



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

HOHER VERTRETER
DER UNION FÜR
AUßEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 3.7.2026
JOIN(2026) 15 final

**GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

über die Umsetzung des strategischen Ansatzes der EU für den Schwarzmeerraum

1. EINLEITUNG

In der Gemeinsamen Mitteilung über den strategischen Ansatz der Europäischen Union für den Schwarzmeerraum¹ (auch als „Schwarzmeerstrategie“ oder „Strategie“ bezeichnet) ist vorgesehen, dass die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin (HR/VP) nach einem Jahr der Umsetzung einen Fortschrittsbericht vorlegen. Dementsprechend werden in diesem gemeinsamen Bericht die Fortschritte dargelegt, die seit der Annahme der Strategie im Mai 2025 erzielt wurden.

Im Juni 2025 begrüßte der Europäische Rat die Gemeinsame Mitteilung, in der die geostrategische Rolle des Schwarzmeerraums bekräftigt und eine Vision für eine sicherere, stärker vernetzte, wohlhabendere und widerstandsfähigere Region dargelegt wird, die auf gemeinsamen Werten, Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit und wirksamer Zusammenarbeit beruht². Die EU ist entschlossen, diese Vision gemeinsam mit Armenien, Aserbaidshan, Georgien, der Republik Moldau (im Folgenden „Moldau“), der Türkei und der Ukraine durch eine auf gegenseitigen Nutzen ausgelegte Zusammenarbeit voranzubringen.

Im ersten Jahr der Umsetzung der Strategie kam es verstärkt zu hybriden Angriffen seitens Russlands sowie zu Drohnen- und Raketenangriffen auf militärische, zivile und kritische Infrastruktur, unter anderem auf Häfen, insbesondere in der Region Odessa. Russlands 2022 aufgenommener Angriffskrieg gegen die Ukraine, der inzwischen seit mehr als vier Jahren andauert, untergräbt weiterhin in erheblichem Maße die Sicherheit und Stabilität im Schwarzmeerraum, mit massiven negativen Folgen für die Region und darüber hinaus.

Trotz der Auswirkungen des Krieges halten die meisten Länder in der Region ihre makroökonomische Stabilität aufrecht und führen Strukturreformen durch³. Einige von ihnen befinden sich auf dem Weg zum EU-Beitritt, und ihre schrittweise Einbindung in EU-Initiativen hat die Zusammenarbeit, den Zusammenhalt und koordinierte Maßnahmen mit der EU gestärkt. Der laufende Friedensprozess zwischen Armenien und Aserbaidshan bietet eine historische Gelegenheit, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Konnektivität im Südkaukasus zu festigen und Verbindungen mit Zentralasien zu fördern. Es wurden Komplementaritäten mit der EU-Strategie für Zentralasien angestrebt, insbesondere bei den Bemühungen um regionenübergreifende Konnektivität.

Im Einklang mit den Zielen der Schwarzmeerstrategie werden im vorliegenden Bericht das verstärkte strategische Engagement und die koordinierten Maßnahmen der EU hervorgehoben, um i) die Sicherheit, Stabilität und Resilienz im gesamten Schwarzmeerraum zu stärken (Säule 1), ii) das Wirtschaftswachstum sowie die Verkehrs-, Energie- und digitale Konnektivität zu stärken (Säule 2) und iii) die Umweltresilienz und die Klimaresilienz- und -vorsorge sicherzustellen (Säule 3). Im Mittelpunkt dieser Bemühungen stand die Unterstützung der Ukraine durch die EU.

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:52025JC0135>.

² <https://www.consilium.europa.eu/media/3wblklk5/20250626-european-council-conclusions-de.pdf>.

³ <https://www.ebrd.com/home/news-and-events/publications/economics/transition-reports/transition-report-2025-26.html>.

2. FÖRDERUNG DES ENGAGEMENTS DER EU UND DER ZUSAMMENARBEIT IM SCHWARZMEERRAUM

Das Engagement der EU im Schwarzmeerraum und gegenüber ihren Partnerländern spiegelt neue Ambitionen wider und zeugt von bedeutenden Fortschritten bei der Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und sektoralen Zusammenarbeit mit den Partnerländern. Die Ministertagung über regionenübergreifende Sicherheit und Konnektivität am 20. Oktober 2025 in Luxemburg war ein wichtiger Schritt zur Förderung engerer, für beide Seiten vorteilhafter Partnerschaften und zur Weiterentwicklung der regionenübergreifenden Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Konnektivität. An dem Treffen nahmen EU-Mitgliedstaaten und Partnerländer aus dem Schwarzmeerraum, dem Südkaukasus und Zentralasien teil⁴. Durch die Gespräche wurde der politische Dialog über Sicherheit, Stabilität und Resilienz in der Region vertieft. Bei dem Treffen wurden zudem Fortschritte bei der regionenübergreifenden Konnektivitätsagenda erzielt, die darauf abzielt, den Handel und das Wirtschaftswachstum durch verbesserte Verbindungen zwischen der EU, der Ukraine und Moldau und dem Südkaukasus und Zentralasien über den Schwarzmeerraum und die Türkei zu stärken. Die Teilnehmenden betonten ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse zu vertiefen, die Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Vernetzung, die Sicherheit und den Wohlstand in den Regionen zu fördern.

Die Ukraine hat trotz der anhaltenden Eskalation der russischen Angriffe auf Städte sowie auf zivile Infrastruktur und Energieinfrastruktur ein starkes Engagement für Reformen gezeigt, um die Anforderungen für den EU-Beitritt⁵ zu erfüllen und sich auf den künftigen Wiederaufbau vorzubereiten. Die im Ukraine-Plan vereinbarten Reformen wurden konsequent durchgeführt, wobei bislang 77 Reform- und Investitionsschritte in Schlüsselsektoren wie Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Energiemärkte, öffentliche Verwaltung und Governance staatseigener Unternehmen abgeschlossen wurden. Die Ukraine hat zudem die Möglichkeiten zur frühzeitigen Integration in den EU-Markt genutzt, die sich durch das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine und andere Abkommen mit der EU bieten: Die Ukraine ist dem EU-Gebiet „Roaming zu Inlandspreisen“ beigetreten, hat die Rechtsvorschriften zur Einführung der Strommarktkopplung verabschiedet und ihre Partnerschaft mit der EU im Bereich kritischer Rohstoffe aktualisiert.

Moldau hat erhebliche Fortschritte bei der Durchführung seiner ehrgeizigen Reformagenda⁶ und auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft erzielt. Trotz der massiven Einmischung Russlands wurde bei der Parlamentswahl im September 2025 der Weg des Landes zum Beitritt bekräftigt. Neben der Förderung einer vertieften Integration in die EU umfasste die Zusammenarbeit der EU mit Moldau auch Unterstützung im Energiebereich, insbesondere zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Lieferungen und zur weiteren Integration in die Energiesysteme der EU, sowie im

⁴ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/10/20/co-chairs-conclusions-on-strengthening-cross-regional-security-and-connectivity/>.

⁵ https://enlargement.ec.europa.eu/ukraine-report-2025_de.

⁶ https://enlargement.ec.europa.eu/moldova-report-2025_de.

Bereich der Cybersicherheit und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Einmischung in Wahlen.

Am 15. Juni 2026 wurden die Verhandlungen über Cluster 1 „Wesentliche Elemente“ für die Ukraine und Moldau offiziell eröffnet, was einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Länder zum EU-Beitritt darstellt.

Die jüngsten positiven Entwicklungen in der Region, insbesondere die historische Dynamik im Friedensprozess zwischen Armenien und Aserbaidschan, eröffnen neue Wege für einen transformativen Kurs der Region. Miteinander vernetzte strategische Industriezweige, Märkte, Verkehrskorridore, digitale Netzwerke und Energieverbundnetze tragen dazu bei, Vertrauen aufzubauen und Nachbarn miteinander zu verbinden. Dies zeigt sich an den Fortschritten bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, unter anderem durch die Paraphierung eines bilateralen Friedensabkommens, die politische Erklärung von Washington aus dem Jahr 2025 und das TRIPP-Konnektivitätsprojekt⁷. Ebenso haben Armenien und die Türkei Fortschritte bei der Normalisierung ihrer Beziehungen erzielt, unter anderem durch Bemühungen zur Erleichterung des bilateralen Handels und durch Gespräche zur Wiederherstellung der Eisenbahnverbindungen.

In den Beziehungen der EU zu Armenien hat sich erneut eine starke positive Dynamik bestätigt, was sich in der im Dezember 2025⁸ angenommenen Strategischen Agenda widerspiegelt, mit der das Ambitionsniveau durch kurz- und mittelfristige Prioritäten in allen Bereichen der Zusammenarbeit angehoben wurde. Das erste Gipfeltreffen EU-Armenien⁹, das am 4. und 5. Mai 2026 in Eriwan stattfand, stellte einen bedeutenden Meilenstein in den Beziehungen zwischen der EU und Armenien dar. Mit der Ankündigung der Konnektivitätspartnerschaft zwischen der EU und Armenien¹⁰ wurde das bilaterale Engagement in den Bereichen Energie, Verkehr und Digitales gestärkt, die für die künftige Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung sein werden.

Der Dialog zwischen der EU und Armenien über die Visaliberalisierung schreitet gut voran, da Armenien die Reformen eingeleitet hat, die für den Übergang zu einer Regelung für visumfreies Reisen mit der EU erforderlich sind. Die jüngsten Wahlen haben die Verpflichtung des Landes zum Weg des Friedens, der demokratischen Regierungsführung und der regionalen Normalisierung erneut bekräftigt. Parallel dazu hat die EU als Reaktion auf die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen Russlands ein umfassendes Unterstützungspaket auf den Weg gebracht, das darauf abzielt, die Widerstandsfähigkeit Armeniens zu stärken und die wirtschaftlichen Auswirkungen des Drucks von außen abzumildern.

⁷ Die „Trump Route for International Peace and Prosperity“ (TRIPP) ist ein von den USA vermittelter Transitkorridor durch die armenische Region Sjunik, um Aserbaidschan mit seiner Exklave Naxçıvan (Nachitschewan) zu verbinden.

⁸ https://enlargement.ec.europa.eu/news/european-union-and-armenia-adopt-new-strategic-agenda-deepen-partnership-2025-12-02_de.

⁹ <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/05/05/joint-declaration-following-the-first-armenia-eu-summit/>.

¹⁰ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_988.

Die strategische Bedeutung der Partnerschaft zwischen der EU und Aserbaidshan wurde im März 2026¹¹ auf höchster Ebene mit der Zusage bekräftigt, den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit, auch in den Bereichen Energie, Verkehr und Digitales, weiter zu vertiefen. Aufbauend auf dieser positiven Dynamik treiben die EU und Aserbaidshan die Beratungen über neue Partnerschaftsprioritäten voran und haben kürzlich die Verhandlungen über ein umfassendes bilaterales Abkommen wieder aufgenommen, was ein gemeinsames Interesse an der Modernisierung der bilateralen Beziehungen widerspiegelt. Aserbaidshan spielt nach wie vor eine Schlüsselrolle bei der regionalen Konnektivität und bleibt ein verlässlicher Partner bei der Diversifizierung der Energieversorgung Europas und beim Ausbau des Verkehrspotenzials regionaler Verbindungen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Aserbaidshan spiegelt das gemeinsame Interesse beider Seiten wider und trägt zur Förderung von Frieden, Stabilität, Konnektivität und nachhaltiger Entwicklung im weiteren Schwarzmeerraum, im Südkaukasus und in Zentralasien bei.

Die geografische Lage Georgiens macht das Land zu einem natürlichen Transitkorridor, der Zentralasien mit Europa verbindet. Die Zusammenarbeit der EU mit Georgien¹² wurde weiterhin stark durch die Rückschritte des Landes im Bereich der Demokratie beeinträchtigt, die dazu geführt haben, dass der EU-Beitrittsprozess de facto zum Stillstand gekommen ist und die EU im März 2026 den visumfreien Reiseverkehr für Inhaber georgischer Diplomatenpässe, Dienstpässe und sonstiger amtlicher Pässe ausgesetzt hat. Die Rolle Georgiens im Rahmen dieser Strategie wird weitgehend von der Bereitschaft der Behörden abhängen, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lage zu ergreifen.

Die EU und die Türkei – ein wichtiger Partner, NATO-Verbündeter und EU-Kandidatenland – haben im vergangenen Jahr mehrfach, unter anderem im Rahmen der regelmäßigen Konsultationen zur Außen- und Sicherheitspolitik, einen Meinungsaustausch über die Schwarzmeerstrategie geführt und deren Durchführung erörtert. Die Schwarzmeerstrategie der EU wurde zuletzt im Rahmen der Konsultationen zwischen der EU und der Türkei über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) im Jahr 2026 erörtert. Die bilaterale und regionale Zusammenarbeit im Bereich der Konnektivität, bei der die Türkei eine zentrale Rolle spielt, ist von beiderseitigem Interesse und bildet eine Säule der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. Insbesondere einigten sich beide Seiten darauf, die Koordinierung bei der Gestaltung der regionalen Konnektivitätsagenda in den Bereichen Energie, Verkehr, Digitalisierung und Handel zu verstärken, um zu Stabilität, Resilienz und nachhaltigem Wachstum im Schwarzmeerraum, im Südkaukasus und in Zentralasien beizutragen. Die Türkei hat mit der Ausarbeitung eines Investitionsplans für Konnektivität begonnen, um eine Projektpipeline zu entwickeln. Parallel dazu hat die Türkei positive Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu Armenien unternommen, darunter die Aufhebung von Beschränkungen zur Vorbereitung des direkten bilateralen Handels sowie die Einleitung von Vorbereitungsarbeiten zur Sanierung der Eisenbahnstrecke Kars–Gjumri. Der Normalisierungsprozess kann eine wichtige Rolle bei der Förderung von

¹¹ <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/03/11/joint-press-statement-by-president-of-the-european-council-antonio-costa-and-president-of-the-republic-of-azerbaijan-ilham-aliyev/>.

¹² https://enlargement.ec.europa.eu/georgia-report-2025_de.

Sicherheit, Stabilität und Resilienz in der Region spielen und zugleich wirtschaftliche Chancen sowie Möglichkeiten im Bereich der Konnektivität erschließen.

Die Bedeutung der Strategie wurde in verschiedenen Foren hervorgehoben, darunter bei der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST in Eriwan (Oktober 2025) und beim Treffen hochrangiger Beamter der Östlichen Partnerschaft in Brüssel (März 2026). In seiner im Dezember 2025 verabschiedeten Stellungnahme¹³ forderte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, dass ausreichende Mittel für eine rasche und entschlossene Durchführung der Strategie bereitgestellt werden. Im März 2026 verabschiedete der Ausschuss der Regionen eine Stellungnahme, in der er eine strukturierte und mit ausreichenden Mitteln ausgestattete Durchführung forderte¹⁴.

3. SÄULE 1: SICHERHEIT, STABILITÄT UND RESILIENZ

Im vergangenen Jahr wurde die Sicherheitslage im Schwarzmeerraum weiterhin durch Russlands zahlreiche Maßnahmen zur Destabilisierung der Region beeinflusst. Russland hat systematisch Drohnen- und Raketenangriffe auf ukrainische Häfen und deren Zugangsinfrastruktur durchgeführt. Durch die Angriffe wurden insbesondere in Odessa, Tschornomorsk und entlang des Donaukorridors die Getreideausfuhren gestört, was die Risiken für die Handelsschifffahrt drastisch erhöht hat. Die Angriffe hatten auch Auswirkungen auf benachbarte Küstenstaaten wie Rumänien, dessen Luftraum mehrfach verletzt wurde und auf dessen Staatsgebiet Trümmerteile fielen. Ende Mai 2026 wurde in Galați, Rumäniens größtem Fluss- und Seehafen an der Donau und dem zweitgrößten Hafen des Landes, ein dicht besiedeltes Gebiet durch einen russischen Drohnenangriff getroffen, wobei Zivilisten verletzt wurden. Die maritime Sicherheit im Schwarzmeerraum ist aufgrund der hybriden Taktiken Russlands – einschließlich elektronischer Kampfführung – und durch Störungen der Navigationssysteme (Spoofing und Jamming) nach wie vor beeinträchtigt. Diese anhaltenden Angriffe erhöhen die Kosten für Handel und Schifffahrt, gefährden Seeleute und verursachen erhebliche Umweltschäden. Darüber hinaus hat die russische Schattenflotte ihre Bemühungen fortgesetzt, Sanktionen zu umgehen, indem sie irreführende Praktiken wie das Fahren unter falscher Flagge anwendet. Dies birgt zusätzliche Risiken durch Sabotage und Umweltschäden und untergräbt damit den Schutz kritischer maritimer Infrastruktur – einschließlich der Unterwasserinfrastruktur – sowie von Energiekorridoren noch weiter.

Als Reaktion darauf setzt sich die EU weiterhin dafür ein, die regionale Stabilität und Sicherheit proaktiv zu fördern. Die EU hat weitere Sanktionspakete verabschiedet, die auf Russlands militärisch-industrielle Lieferketten, Energieeinnahmen und Schiffe abzielen, die mit illegalen Aktivitäten in Verbindung stehen. Diese Maßnahmen tragen in Verbindung mit einer verstärkten Unterstützung für die Verteidigung und Resilienz der Ukraine, insbesondere durch das Unterstützungsdarlehen für die Ukraine in Höhe von 90 Mrd. EUR für den Zeitraum 2026-2027¹⁵, zur praktischen Umsetzung der Sicherheitssäule der Strategie bei.

¹³ <https://www.eesc.europa.eu/en/news-media/news/eesc-calls-ambitious-and-pragmatic-implementation-eus-strategic-approach-black-sea-region-0>.

¹⁴ <https://www.cor.europa.eu/de/unsere-arbeit/stellungnahmen/cdr-2757-2025>.

¹⁵ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/04/23/council-finalises-90-billion-support-loan-to-ukraine/>.

Die EU thematisierte die sicherheitspolitischen Herausforderungen im Schwarzen Meer und die diesbezüglichen Antworten der EU-Strategie auf der 3. Schwarzmeer-Sicherheitskonferenz im Rahmen der Internationalen Krim-Plattform, die am 23. April 2026¹⁶ in Chisinau stattfand, sowie auf dem 3. Schwarzmeer-Sicherheitsforum von Odessa, das vom 29. bis 31. Mai 2026¹⁷ abgehalten wurde. Es wurde ein konkreter Erfahrungsaustausch organisiert, um den kohärenten Ansatz der europäischen Meeresbecken bei der Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Ostsee und im Schwarzen Meer hervorzuheben, darunter die Beeinträchtigung der Navigationssicherheit, Herausforderungen für die maritime Sicherheit, hybride Taktiken einschließlich elektronischer Kriegsführung sowie Störungen von Navigationssystemen (Spoofing und Jamming). Ein verstärkter Peer-to-Peer-Austausch auf der Ebene von Sachverständigen wird den Erfahrungsaustausch zwischen dem Ostsee- und dem Schwarzmeerbecken ermöglichen, wobei der Schwerpunkt auf der zivilen Vorsorge und Resilienz¹⁸ sowie auf der Bekämpfung der russischen Schattenflotte und hybrider Aktivitäten liegen wird.

LEITINITIATIVE 1: Maritime Sicherheit im Schwarzen Meer

Seit der Annahme des strategischen Ansatzes der EU für den Schwarzmeerraum im Mai 2025 haben Bulgarien und Rumänien gemeinsam ein Konzept für die Einrichtung einer regionalen Plattform für maritime Sicherheit im Schwarzen Meer (auch als „Plattform“ bezeichnet) entwickelt. Die Plattform ist als in regionaler Eigenverantwortung befindliche, zivil geführte, interinstitutionelle Kooperationsnetzstruktur konzipiert, die von den beiden Ländern gemeinsam initiiert und koordiniert und von der EU unterstützt wird. Ziel ist es, die maritime Lageerfassung und die regionale Resilienz zu verbessern, die Zusammenarbeit und den Kapazitätsaufbau im Bereich der maritimen Sicherheit zu fördern, kritische Infrastrukturen zu schützen und komplexen hybriden Bedrohungen entgegenzuwirken, die Umweltsicherheit zu verbessern und eine gemeinsame Bedrohungsanalyse zur Unterstützung ziviler Krisenszenarien zu entwickeln. Die Plattform wird verschiedene Datenquellen nutzen und auswerten, um eine zeitnahe und fundierte Entscheidungsfindung der EU-Mitgliedstaaten und der EU zu unterstützen, und gleichzeitig das weitere Engagement anderer EU-Mitgliedstaaten und die Beteiligung wichtiger regionaler Partner – zunächst Türkei, Ukraine und Moldau – anstreben. Besonderes Augenmerk wird auf die Integration der Überwachungs- und Monitoringkapazitäten der teilnehmenden Staaten sowie auf die Gewährleistung der Interoperabilität und der Anbindung an EU-Netzwerke gelegt, beispielsweise dem von der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) eingerichteten gemeinsamen Informationsraum (CISE). Die Plattform wird auch dazu beitragen, kritische maritime Infrastrukturen im Schwarzmeerraum in kohärenter und koordinierter Weise zu schützen und in einem sich wandelnden Sicherheitsumfeld für eine bessere Sichtbarkeit und Vorhersehbarkeit zu sorgen. In einem weiteren Schritt wird eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung mit anderen regionalen Plattformen, Gruppen zur Minenabwehr und von den Schwarzmeer-Partnern betriebenen Strukturen angestrebt, z. B. dem nationalen

¹⁶ <https://crimea-platform.org/en/news/third-black-sea-security-conference-of-the-international-crimea-platform-begins-in-moldova/>; <https://mfa.gov.md/en/content/republic-moldova-host-third-edition-black-sea-security-conference-under-auspices>.

¹⁷ <https://odesaforum.org/>.

¹⁸ Eine Nebenveranstaltung während der Tage der makroregionalen und Meeresbeckenstrategien (Brüssel, 8. und 9. Juli 2026).

Gemeinsamen Zentrum für maritime Sicherheit (JMSC) in Odessa (Ukraine). Die von der Türkei, Rumänien und Bulgarien ins Leben gerufene Initiative für die Minenabwehr im Schwarzen Meer ist der wichtigste Schutz vor Treibminen und spielt somit eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung offener und sicherer Seeverbindungen, auch für Getreidetransporte in die und aus der Ukraine.

3.1. Zusammenarbeit in den Bereichen Minenräumung und Sicherheit, Verteidigung und Gefahrenabwehr im Seeverkehr

Zur Förderung der Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr im Schwarzen Meer hat die Beratungsmission der EU (EUAM) in der Ukraine bei der Einrichtung des **nationalen Gemeinsamen Zentrums für maritime Sicherheit (JMSC) in Odessa** mitgewirkt. Ziel des JMSC ist es, die behördenübergreifende Koordinierung zu verbessern und die operativen Kapazitäten der Ukraine für maritime Sicherheitsoperationen im Schwarzen Meer zu stärken. Die erste Sitzung des Lenkungsausschusses auf Ministerebene zur Einrichtung des JMSC fand am 26. Februar 2026 statt, gefolgt von der zweiten Sitzung am 6. Mai 2026, in deren Verlauf der Lenkungsausschuss das Einsatzkonzept billigte. Bei den von der EUAM ausgerichteten Sitzungen kamen ukrainische Ministerien und Agenturen, die für die maritime Sicherheit zuständig sind, die Internationale Koalition für maritime Fähigkeiten und die NATO-Vertretung in der Ukraine zusammen. Das JMSC wird es der Ukraine ermöglichen, sich in europäische Kooperationsrahmen zu integrieren.

Im Februar 2026 nahm die EU den **Aktionsplan zur Drohnen- und Drohnenabwehrsicherheit**¹⁹ an, der Pilotmaßnahmen zur Verbesserung der maritimen Lageerfassung und den Einsatz von Unterwasser-Sensorikkapazitäten umfasst, um kritische maritime Infrastrukturen im Schwarzen Meer und in der Ostsee besser zu schützen.

Nachdem der Rat im Februar 2026 den finanziellen Beistand für Rumänien und Bulgarien im Rahmen von SAFE gebilligt und die Darlehensvereinbarungen unterzeichnet hat, werden diesen Mitgliedstaaten rund 20 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt, um kritische Lücken bei den Fähigkeiten zu schließen und so die Sicherheit im Schwarzmeerraum zu unterstützen.

Das Unterstützungsdarlehen für die Ukraine in Höhe von 90 Mrd. EUR, von denen 60 Mrd. EUR zur Deckung des dringendsten Bedarfs des Landes an industriellen Kapazitäten im Verteidigungsbereich in den Jahren 2026 und 2027 vorgesehen sind, ist eine wichtige Säule für die Sicherheit im Schwarzen Meer. Im März 2026 genehmigte die EU eine Mittelzuweisung von rund 6 Mrd. EUR für Drohnen aus der Ukraine, die für die Ukraine bestimmt sind.

Im Rahmen der EU-Unterstützung für die Ukraine im Bereich des **Schutzes kritischer Infrastrukturen** wurde im Februar 2026 ein Workshop zum Thema Sicherheitsmaßnahmen für kritische Infrastrukturen organisiert. Mit Unterstützung von TAIEX arbeitet die Ukraine an der Umsetzung der Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen. Im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit wurde eine mit 15 Mio. EUR ausgestattete Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Resilienz kritischer Infrastrukturen für ukrainische Teilnehmende geöffnet.

¹⁹ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/action-plan-drone-and-counter-drone-security>.

Nach der Annahme des **Aktionsplans für Kabelsicherheit**²⁰ im Februar 2025 und der Veröffentlichung des Berichts über die Sicherheit und Resilienz von Seekabelinfrastrukturen hat sich die informelle Expertengruppe für sichere und resiliente Seekabelinfrastrukturen im Oktober 2025 auf eine EU-weite Kartierung und koordinierte Risikobewertung von Seekabelinfrastrukturen²¹ geeinigt. In dem Bericht wird betont, wie wichtig es ist, gemeinsam mit der Türkei ein koordiniertes Vorgehen zu entwickeln, um Sicherheit, Stabilität und Konnektivität im Schwarzmeerraum zu fördern und zu erhalten.

Im Februar 2026 veröffentlichte die EU das **Instrumentarium für die Kabelsicherheit**²², in dem Abhilfemaßnahmen zur Bewältigung der im oben genannten Bericht ermittelten Risikoszenarien empfohlen werden und das Schwarze Meer als vorrangiger Bereich für Kabelprojekte von europäischem Interesse (CPEI) vorgeschlagen wird. Die Europäische Kommission hat eine erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Höhe von 10 Mio. EUR veröffentlicht, um regionale Kabeldrehkreuze zu finanzieren, die allen Meeresbecken rund um die EU, einschließlich des Schwarzen Meeres, zugutekommen. Bereiche für Kabelprojekte von europäischem Interesse werden bei künftigen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) – Digitales²³ Vorrang haben.

Im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds 2026 beabsichtigt die EU, halbautonome maritime Systeme sowie den mehrschichtigen Schutz kritischer Meeresbodeninfrastruktur zu unterstützen. Sobald die entwickelten Fähigkeiten verfügbar sind, könnten sie zur Unterstützung der regionalen Sicherheit genutzt werden.

Um die von der **russischen Schattenflotte** ausgehenden Bedrohungen und Risiken, unter anderem im Schwarzen Meer, einzudämmen, hat die EU **Sanktionen** verhängt, von denen bislang 632 Schiffe und über 60 ermöglichende Akteure²⁴ betroffen sind. Die EU setzt ihre Bemühungen fort, andere Länder dazu zu bewegen, solche Schiffe aus dem Register zu streichen, und das Bewusstsein für die mit etwaigen Spillover-Effekten verbundenen Umweltrisiken und Kosten zu schärfen. Auch in der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) setzt sich die EU aktiv dafür ein, die Arbeiten an Regelungsrahmen voranzutreiben, **gegen Schiffe vorzugehen, die nicht den Normen genügen**, und ferner verbindliche Meldepflichten für Schiffe und Haftpflichtbescheinigungen einzuführen.

Die EU hat die **Kapazitäten Europas für die Minenräumung auf See**, die Minderung von Umweltrisiken und den Schutz kritischer maritimer Infrastruktur **gestärkt** und gleichzeitig die künftige regionale Zusammenarbeit bei der Sanierung

²⁰ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52025JC0009>.

²¹ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/report-security-and-resilience-eu-submarine-cable-infrastructures>.

²² <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/submarine-cable-security-toolbox-and-cable-projects-european-interest>.

²³ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/activities/cef-digital>.

²⁴ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/04/23/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-20th-round-of-stern-eu-sanctions-hits-energy-military-industrial-complex-trade-and-financial-services-including-crypto/>.

von Meeren nach Konflikten unterstützt. Der Europäische Pakt für die Meere 2025 umfasst eine Leitinitiative für eine umfassende Strategie zur Beseitigung nicht gezündeter Sprengkörper (Unexploded ordnance, UXO), die in der Ostsee und der Nordsee beginnt und auf das Schwarze Meer ausgeweitet wird, und bei der fortschrittliche Detektions- und Entsorgungstechnologien eingesetzt werden. Die Niederlande und Belgien haben Bulgarien im Jahr 2025 sieben Minenabwehrschiffe gespendet, um die maritime Sicherheit im Schwarzen Meer zu stärken.

Die EU baut derzeit **Technologien und Methoden für die großmaßstäbliche Säuberung von im Meer versenkten UXO** aus. Zwar konzentrieren sich die derzeitigen Bemühungen auf die Ostsee, doch lässt sich ein ähnlicher Ansatz für die groß angelegte Räumung von UXO auch auf das Schwarze Meer anwenden, sobald die Sicherheitslage dies zulässt. Im Rahmen von EU-finanzierten Initiativen, insbesondere des vom Europäischen Parlament unterstützten Projekts CAMMera, entwickelt und testet die EU innovative Technologien für die sichere Detektion und Beseitigung von versenkter Munition. Im Rahmen eines Workshops im Januar 2026 in Sofia bewerteten Sachverständige aus den EU-Mitgliedstaaten, regionalen Organisationen und Forschungseinrichtungen den potenziellen Transfer technologischer Lösungen und operativer Erkenntnisse auf das Schwarze Meer und andere Meeresbecken. Die EU hat die Ukraine weiterhin bei ihren Minenräumbemühungen unterstützt und im Februar 2026 die fünfte Staffel von in der EU ausgebildeten Minensuchhunden an die ukrainischen Behörden übergeben.

3.2. Verbesserung der militärischen Mobilität und der Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck

Im November 2025 legten die Kommission und die Hohe Vertreterin das **Paket zur militärischen Mobilität**²⁵ vor, das aus einer gemeinsamen Mitteilung und einem Vorschlag für eine Verordnung besteht, mit denen die nahtlose Bewegung von Truppen, Ausrüstung und militärischen Mitteln in der gesamten EU sichergestellt werden soll. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und mit Unterstützung des Militärstabs der EU hat die Kommission 500 Hotspot-Projekte für dringende Investitionen ermittelt, um die vier vorrangigen Korridore²⁶ für die militärische Mobilität an die militärischen Anforderungen anzupassen und das Netzwerk widerstandsfähiger zu machen. Zu diesen Projekten gehören der Ausbau von Brücken, die Verbreiterung von Tunneln und die Erhöhung der Kapazitäten in Häfen und auf Flughäfen. Die Kommission stimmt sich mit den Mitgliedstaaten ab, um sicherzustellen, dass die Investitionen entlang der Korridore zügig und kohärent umgesetzt werden. Dies steht auch im Einklang mit einem neuen Arbeitsbereich der EU zur Unterstützung von Industriezweigen in der Ukraine, die Güter mit doppeltem Verwendungszweck herstellen.

Vier der neun europäischen Verkehrskorridore des TEN-V wurden bereits bis in die Ukraine und nach Moldau ausgeweitet, und derzeit wird eine erste Reihe **wichtiger Investitionen in Infrastrukturen mit Doppelnutzung** durchgeführt. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen für die Einführung der europäischen Nennspurweite auf den europäischen Verkehrskorridoren, die Moldau und die Ukraine mit den EU-Mitgliedstaaten verbinden.

²⁵ https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/military-mobility_en?prefLang=de.

²⁶ https://transport.ec.europa.eu/transport-themes/military-mobility_en?prefLang=de.

3.3. Abwehr hybrider Bedrohungen

Die Sicherheitslage im Schwarzmeerraum ist zudem durch eine beispiellose Zunahme hybrider Bedrohungen geprägt. Russland setzt weiterhin vielfältige Instrumente ein, die darauf abzielen, demokratische Prozesse zu destabilisieren, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu untergraben, kritische Infrastrukturen zu schwächen, Schwachstellen auszuloten und Reaktionen zu testen.

Die Union ist nach wie vor entschlossen, böswilligen Akteuren durch die Sanktionsregelung²⁷ gegen die destabilisierenden Aktivitäten Russlands Kosten aufzuerlegen. Mit Wirkung vom April 2026 hat der Rat die restriktiven Maßnahmen auf 69 Personen und 19 Organisationen ausgeweitet, die aufgrund ihrer Rolle bei groß angelegter Informationsmanipulation identifiziert wurden. Darüber hinaus wird die **Sanktionsregelung der EU zur Abwehr von Cyberaktivitäten**²⁸ konsequent durchgesetzt; derzeit gelten restriktive Maßnahmen gegen 19 Personen und 74 Organisationen.

Die EU hat auch ihre Reaktionsmechanismen an die sich wandelnde Bedrohungslage angepasst und **feindseligen Operationen entgegengewirkt, mit denen die Integrität von Wahlen und demokratische Prozesse untergraben werden sollen**. In Moldau unterstützt die EU die Bemühungen des Landes, seine demokratischen Prozesse vor der Einmischung Russlands zu schützen. Die EU hat im Vorfeld der Wahlen im Juni zudem ihre Unterstützung für die demokratische und institutionelle Resilienz in Armenien aktiv verstärkt. Ein wichtiger Erfolg war in beiden Fällen der Einsatz von EU-Teams für die rasche Reaktion auf hybride Bedrohungen (HRRT), die den nationalen Behörden kurzfristige maßgeschneiderte technische und strategische Beratung bei der Stärkung der Integrität von Wahlen leisten.

Die direkte Unterstützung der Partnerländer im Schwarzmeerraum durch **Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)** ist nach wie vor ein wichtiges Instrument für den Aufbau von Resilienz und trägt gleichzeitig zur regionalen Sicherheit bei. Die EU-Partnerschaftsmission in Moldau unterstützte die Bemühungen der moldauischen Behörden, die demokratische Integrität während der Wahlen 2025 zu gewährleisten, und konzentriert sich weiterhin auf den langfristigen Aufbau institutioneller Kapazitäten, um die Widerstandsfähigkeit Moldaus zu stärken. Ebenso weitet die EUAM in der Ukraine ihre Unterstützung für die ukrainischen Behörden zur Abwehr hybrider Bedrohungen entsprechend dem sich wandelnden Bedarf aus, auch im maritimen Bereich, indem sie die Entwicklung des Gemeinsamen Zentrums für maritime Sicherheit (JMSC) unterstützt. Die EUAM Ukraine stellte während des zweiten Forums „Wiederaufbau der Ukraine“ im Dezember 2025 spezifisches Fachwissen zur **Cybersicherheit im Seeverkehr** im Schwarzen Meer und im Donaukorridor bereit.

Die **EU-Partnerschaftsmission in Armenien** ist die jüngste zivile GSVP-Mission²⁹ der EU, die am 21. April 2026 mit dem Ziel eingerichtet wurde, die demokratische Resilienz des Landes und seine Fähigkeit zur langfristigen Krisenbewältigung zu stärken. Die Mission wird Armenien dabei unterstützen, vielschichtige Bedrohungen

²⁷ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia-hybrid-threats/>.

²⁸ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-cyber-attacks/>.

²⁹ <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/04/21/armenia-eu-establishes-a-new-civilian-mission-to-contribute-strengthening-the-country-s-resilience/>.

wie Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, Cyberangriffe und illegale Finanzströme zu bewältigen.³⁰

Im Rahmen der **regionalen Initiative CyberEast+** wurde die Cyberresilienz in den Ländern des Schwarzmeerraums und der Östlichen Partnerschaft weiter gestärkt, indem die Angleichung an die NIS-2-Richtlinie³¹ unterstützt, maßgeschneiderte Schulungen und Kapazitätsaufbaumaßnahmen bereitgestellt und Simulationsübungen und Workshops zur Bekämpfung von Cyberbedrohungen, Desinformation sowie von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, auch im Zusammenhang mit Wahlen, organisiert wurden.

In **Armenien** organisierte die EU eine Reihe von Workshops und TAIEX-Veranstaltungen für Vertreter staatlicher Institutionen und verstärkte ihre Unterstützung für die lokale Zivilgesellschaft und unabhängige Medien bei deren Bemühungen zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung.

Auf der Tagung des Partnerschaftsrats EU-Armenien³² im Dezember wurde eine **neue regionale Initiative** ins Leben gerufen, um Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie Desinformation in der östlichen Nachbarschaft zu bekämpfen, indem die Kapazitäten der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien zur strategischen Kommunikation und zur Förderung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden.

Anfang 2026 wurde eine **regionale außerordentliche Hilfsmaßnahme der EU zur raschen Reaktion** eingerichtet, um Partnerländer – insbesondere in Europa und Zentralasien –, die hybriden Bedrohungen ausgesetzt sind, zu unterstützen; diese Maßnahme baut auf erfolgreichen Hilfsmodellen auf, die für die Ukraine entwickelt wurden und diese weiterhin unterstützen. Moldau erhält bereits Unterstützung auf der Grundlage des neuen Rahmens. Durch diese und andere Initiativen treibt die EU die Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes weiter voran, indem sie Partnerschaften zwischen staatlichen Institutionen, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und den Medien sowohl innerhalb der Länder als auch in der gesamten Region fördert, um zur Gewährleistung einer nachhaltigen Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen beizutragen.

In Moldau hat die EU für rasche Bewältigungsmaßnahmen im Bereich der Cybersicherheit und der inneren Sicherheit gesorgt (einschließlich der einschlägigen Ausrüstung). Während der jüngsten **Wahlzyklen** waren rasche Bewältigungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung, um die demokratischen Prozesse des Landes vor hybrider Einflussnahme zu schützen. Darüber hinaus hat die EU rasche Bewältigungsmaßnahmen zur Unterstützung unabhängiger Medien ergriffen und arbeitet weiterhin daran, die strategischen Kommunikationskapazitäten Moldaus zu stärken.

Auch in Moldau unterstützt die EU die Bemühungen des Landes, seine demokratischen Prozesse vor der Einmischung Russlands zu schützen, unter anderem

³⁰ <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/04/21/armenia-eu-establishes-a-new-civilian-mission-to-contribute-strengthening-the-country-s-resilience/>.

³¹ Richtlinie (EU) 2022/2555, ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 80, <http://data.europa.eu/eli/dir/2022/2555/2022-12-27>.

³² <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-ministerial-meetings/2025/12/02/>.

durch die Tätigkeit eines neuen regionalen Zentrums der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO), das Moldau und andere Länder bei der Aufdeckung und Analyse von Manipulations- und Desinformationskampagnen, insbesondere russischer Desinformation, unterstützt.

Durch rasche Bewältigungsmaßnahmen unterstützt die EU die Resilienz der Ukraine angesichts des Angriffskriegs Russlands und hybrider Bedrohungen, indem sie insbesondere die innere und zivile Sicherheit sowie die strategischen Kommunikationskapazitäten des Landes verbessert.

3.4. Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels

Die Kommission leistete in Zusammenarbeit mit dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI) rechtliche und politische Unterstützung bei der Aufspürung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten. Sie trug zu Gesetzesreformen bei (insbesondere in der Ukraine und in Moldau), förderte die Wiederverwendung eingezogener Erträge aus Straftaten für zivilgesellschaftliche Zwecke und verbesserte die Kompetenzen der Angehörigen der Fachberufe durch Schulungen und fallbezogenes Mentoring. Im Rahmen des regionalen Projekts „Training and Operational Partnership Against Organised Crime“ (Ausbildung und operative Partnerschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, TOPCOP II) unterstützte die CEPOL³³ die strukturierte Zusammenarbeit und die Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden durch Workshops und Schulungen zu operativem Management, aus offenen Quellen gewonnenen Erkenntnissen, Schleuserkriminalität und Fälschungen. Das EMPACT-Unterstützungsnetzwerk³⁴, dem Experten von Europol und der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) angehören, unterstützte die Entwicklung strategischer Erkenntnisse durch die Einführung fortschrittlicher Analyseansätze und neuer Datenquellen wie Reiseinformationen. In Zusammenarbeit mit Europol und im Rahmen des von der EU finanzierten Projekts „Bekämpfung der organisierten Kriminalität in den Ländern der Östlichen Partnerschaft“ hat die Kommission die Einbindung der östlichen Partnerländer in EMPACT weiter vorangetrieben, die operativen Kapazitäten gestärkt, wichtige Prioritäten im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung – darunter auch die Cyberkriminalität – angegangen und Ermittlungen zu Kriegsverbrechen in der Ukraine unterstützt.

Im Rahmen der EUAM Ukraine unterstützte die EU die ukrainischen Behörden weiterhin dabei, die behördenübergreifende Zusammenarbeit und die analytischen Kapazitäten zur **Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität zu stärken, das integrierte Grenzmanagement** im Einklang mit den EU-Standards **zu verbessern**, die grenzüberschreitende Koordinierung mit den Nachbarländern zu optimieren und den illegalen Waffenhandel durch gezielten Kapazitätsaufbau und strategische Beratung zu bekämpfen. Die EUAM Ukraine unterstützte die grenzüberschreitende operative Koordinierung durch vierteljährliche trilaterale Treffen zwischen ukrainischen, rumänischen und moldauischen Grenz- und

³³ CEPOL ist die Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung.

³⁴ EMPACT (Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen) ist eine ständige EU-Sicherheitsinitiative, die Mitgliedstaaten, EU-Agenturen (wie Europol) und internationale Partner bei der Bekämpfung der schweren organisierten Kriminalität zusammenbringt.

Zollbehörden und trug so zu einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität bei.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Drogenstrategie³⁵, in der festgelegt ist, dass die Kommission die Zusammenarbeit mit Kandidatenländern im Bereich der Gefahrenabwehr in Häfen prüfen wird, lud die Kommission – neben anderen Drittländern – die Ukraine und Moldau als Beobachter zu ihrem Expertenworkshop im Rahmen der öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) der Europäischen Hafenallianz zur Gefahrenabwehr in kleineren See- und Binnenhäfen im Februar 2026 ein. Darüber hinaus stellte die Kommission ihre Erkenntnisse zur Gefahrenabwehr in Häfen aus der ÖPP der Europäischen Hafenallianz auf einer Sachverständigensitzung der Donaukommission im April 2026 vor.

4. SÄULE 2: WACHSTUM UND WOHLSTAND DURCH BESSERE KONNEKTIVITÄT

Im Rahmen der Schwarzmeerstrategie wurde die regionenübergreifende Konnektivitätsagenda als langfristige strategische Initiative eingeführt, um die Diversifizierung der Handelswege weg von risikoreichen Abhängigkeiten zu fördern und die Konnektivität integrierter, kosteneffizienter und schneller zu gestalten. Im Einklang mit der Strategie hat die Kommission ihre Bemühungen zur Stärkung von Handel, Investitionen und Konnektivität fortgesetzt. Die Leitinitiative der regionenübergreifenden Konnektivitätsagenda ist von zentraler Bedeutung für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der Schwarzmeeranrainerstaaten und die Vertiefung der regionalen Integration.

4.1. Förderung der Konnektivität und der Energieversorgungssicherheit

Der kontinuierliche politische Dialog hat zu einer starken politischen Unterstützung für die regionenübergreifende Konnektivitätsagenda unter den Partnerländern und den EU-Mitgliedstaaten geführt und die Beteiligten in der Erkenntnis vereint, dass die Umsetzung konkreter Maßnahmen koordiniert und beschleunigt werden muss. Dank gemeinsamer Anstrengungen wurden im Rahmen dieser Leitinitiative gute Fortschritte bei der Formalisierung der strukturierten regionalen Zusammenarbeit mit klaren Prioritäten erzielt.

³⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52025DC0743>.

LEITINITIATIVE 2: Konnektivitätsagenda

Als Zugangstor, das Europa mit der Türkei, dem Südkaukasus, Zentralasien und darüber hinaus verbindet, spielt der Schwarzmeerraum eine Schlüsselrolle für die europäische und globale Sicherheit, den internationalen Handel, Energie, kritische Rohstoffe und die Ernährungssicherheit. Die Region verfügt über ein großes, bislang noch ungenutztes Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung, zudem führen strategisch wichtige Transitrouten durch die Region. Eine Stärkung der Zusammenarbeit und die Verbesserung wirtschaftlicher Beziehungen würden zur Wettbewerbsfähigkeit der Region und der EU beitragen. Zu diesem Zweck zielt die Konnektivitätsagenda darauf ab, das Potenzial, das der transkaspische Verkehrskorridor bietet, darunter auch Handelserleichterungen, voll auszuschöpfen und die Energie- und Digitalverbindungen zu verbessern. Seit der Annahme der Strategie arbeitet die Kommission an der Umsetzung dieser Leitinitiative. Bei der Verbesserung und Koordinierung der Investitionsplanung zur Unterstützung der Konnektivitätsagenda wurden erhebliche Fortschritte erzielt:

- Die Kommission veröffentlichte **im Februar 2026 eine Metastudie** zur Konsolidierung der Empfehlungen zu vorrangigen Investitionen und Regulierungsreformen, die für die operative Umsetzung der Konnektivitätsagenda erforderlich sind. In dieser umfassenden, im Rahmen des Programms EU4Digital³⁶ durchgeführten Analyse wurden mehrere Studien ausgewertet und mehr als 200 laufende und geplante Investitionsprojekte betrachtet; dabei wurde erfasst, in welchen Bereichen Investitionen erforderlich sind, um die Verkehrs-, Handels-, Energie- und digitalen Verbindungen entlang des transkaspischen Korridors zu stärken. In der Studie werden wichtige Abschnitte hervorgehoben, in denen Infrastrukturen in Nachbarländern fehlen, veraltet sind oder den heutigen Verkehrsaufkommen nicht mehr gerecht wird, und es wird eine strategische Grundlage für die Festlegung von Investitionsprioritäten mit Partnerländern und internationalen Finanzinstitutionen (IFI) geschaffen. Praktische Leitlinien für Investitionen und die erforderlichen Regulierungsmaßnahmen („weiche Konnektivität“) werden den Regierungen und dem Privatsektor ein klares Bild davon vermitteln, wo ihr Kapital beim Aufbau einer modernen und zuverlässigen Infrastruktur die größte Wirkung erzielen kann.
- Aufbauend auf den Ergebnissen der Ministertagung über regionenübergreifende Sicherheit und Konnektivität im Oktober 2025³⁷ intensivierte die Kommission den bilateralen Austausch durch eine Reihe von **hochrangigen und fachlichen Delegationsbesuchen in Partnerländern**, darunter die Türkei, Armenien und Aserbaidschan. Ziel der Gespräche ist es, die Zusammenarbeit im Bereich der regionalen Stabilität und Konnektivität, einschließlich vorrangiger Investitionen, zu verstärken.
- In Absprache mit den Partnerländern hat die Kommission eine **Koordinierungsplattform** entwickelt, die sich auf die Partnerländer im Schwarzmeerraum und im Südkaukasus konzentrieren und in Synergie mit dem bestehenden Kooperationsrahmen für Zentralasien arbeiten wird. Sowohl Akteure des öffentlichen als auch des privaten Sektors bestätigten auf dem -Investorenforum zu den Themen transkaspischer Verkehrskorridor und Konnektivität im November 2025 in

³⁶ https://enlargement.ec.europa.eu/meta-study-advancing-cross-regional-connectivity-agenda_en?prefLang=de.

³⁷ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2452.

Taschkent³⁸ die Notwendigkeit eines solchen Koordinierungsmechanismus. Die am 23. Juni 2026 ins Leben gerufene Plattform für die Konnektivitätsagenda wird als Richtschnur für die gemeinsamen Anstrengungen dienen, die Projektpipelines optimieren und die Effizienz von Initiativen im Bereich der harten und weichen Konnektivität gewährleisten.

Die jüngsten multilateralen Abkommen haben die Konnektivität und die maritime Sicherheit gestärkt. Im Dezember richteten Griechenland, Bulgarien und Rumänien die Plattform für den Korridor Schwarzes Meer-Ägäisches Meer³⁹ ein. Im März 2026 einigten sich Rumänien, Moldau und die Ukraine darauf, die Zusammenarbeit am Donau-Aktionsplan 2.0 fortzusetzen, der im Rahmen der Initiative „Solidaritätskorridore“⁴⁰ der Europäischen Kommission erstellt wurde. Mit dieser Initiative werden die Navigationssicherheit, die Hafenkommunikation und der Informationsaustausch optimiert und Störungen des Schwarzmeer-/Donauverkehrs abgemildert. Um das Funktionieren der Solidaritätskorridore zu unterstützen, wurden im Jahr 2025 zusätzliche Mittel aus der Fazilität „Connecting Europe“ bereitgestellt⁴¹. Die Instandsetzung von Schienen- und Straßenverbindungen wird in Moldau im Rahmen von Global-Gateway-Projekten vorangetrieben⁴². Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Rahmen des erweiterten TEN-V-Netzes⁴³ sollte auch dazu beitragen, das volle wirtschaftliche Potenzial des transkaspischen Verkehrskorridors zu erschließen. Der TEN-V-Investitionsaktionsplan für Moldau und die Ukraine wurde im Dezember 2025 aktualisiert.

Mehrere Stromverbundprojekte zwischen der EU und der Ukraine sowie Georgien wurden in die zweite Liste der Vorhaben von gemeinsamem und gegenseitigem Interesse⁴⁴ (PMI) im Rahmen der TEN-E-Verordnung⁴⁵ aufgenommen. Im Rahmen der hochrangigen Gruppe für Energieverbindungsleitungen in Mittel- und Südosteuropa (CESEC)⁴⁶ fördert die Kommission weiterhin die regionale Energieintegration und behält dabei die Aufsicht über vorrangige Projekte in der Ukraine, Moldau, Rumänien und Bulgarien bei.

³⁸ https://enlargement.ec.europa.eu/news/trans-caspian-transport-corridor-and-connectivity-investors-forum-eu-advances-cross-regional-2025-11-27_en?prefLang=de.

³⁹ https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/greece-bulgaria-and-romania-strengthen-cooperation-key-transport-links-2025-12-04_en?prefLang=de.

⁴⁰ https://transport.ec.europa.eu/ukraine/eu-ukraine-solidarity-lanes_de.

⁴¹ https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/eu-support-better-transport-connections-eastern-europe-ukraine-and-moldova-2025-11-07_en?prefLang=de.

⁴² <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16415-2025-INIT/en/pdf>.

⁴³ https://transport.ec.europa.eu/transport-themes/infrastructure-and-investment/trans-european-transport-network-ten-t/tentec-information-system-and-ten-t-map-library/ten-t-maps-indicative-extension-neighbouring-countries_en?prefLang=de.

⁴⁴ Der PMI-Status ermöglicht beschleunigte Genehmigungsverfahren, eine größere Sichtbarkeit für Investoren und die Förderfähigkeit im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“.

⁴⁵ Der Entwurf des delegierten Rechtsakts wurde am 1. Dezember 2025 veröffentlicht, wobei der Prüfungszeitraum des Rates der EU und des Europäischen Parlaments am 1. April 2026 endete. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=PI_COM%3AC%282025%298144&qid=1766157187792.

⁴⁶ https://energy.ec.europa.eu/topics/infrastructure/high-level-groups/central-and-south-eastern-europe-energy-connectivity_en?prefLang=de.

Im März wurden auf der 12. Ministertagung des Beirats für den südlichen Gaskorridor⁴⁷ und auf der 4. Ministertagung des Beirats für grüne Energie in Baku, Aserbaidschan, weitere Möglichkeiten für die Zusammenarbeit im Bereich saubere Energie und regionale Energiekonnektivität im Südkaukasus ermittelt. Vertreter von Partnerregierungen, führenden Energieunternehmen, Regulierungsbehörden und internationalen Finanzinstitutionen betonten die entscheidende Rolle des südlichen Gaskorridors bei den Diversifizierungsbemühungen der EU zur Abkehr von russischen Gaseinfuhren. Am Rande der Ministertagung trug der hochrangige Runde Tisch EU-Aserbaidschan zu Investitionen in grüne Konnektivität dazu bei, politische Vorgaben in Investitionsmöglichkeiten entlang der drei grünen Energiekorridore sowie in Netzinfrastruktur und -übertragung, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Offshore-Windenergie umzusetzen.

Die Kommission hat im Januar 2026 die dritte Phase des regionalen Programms „EU4Energy“⁴⁸ eingeleitet und dabei den Schwerpunkt verstärkt auf eine verbesserte regionale Energiekonnektivität und die Koordinierung der Rechtsrahmen gelegt. Diese Arbeit unterstützt unmittelbar die Maßnahmen der Schwarzmeerstrategie zur **Beseitigung von Lücken in den Rechtsrahmen** sowie zur Angleichung der Rechtsrahmen und Netzkodizes.

Mit der Annahme der **EU-Strategie für Häfen und der EU-Industriestrategie für die maritime Wirtschaft**⁴⁹ hat die Kommission die Instrumente bereitgestellt, die die europäische Seeschifffahrt und der Schiffbau benötigen, um bei der Energiewende eine Führungsrolle zu übernehmen, den Handel und die Verteidigung zu sichern und weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben. Um diese Ziele zu erreichen, fördert die Kommission groß angelegte Energieeffizienzprojekte, z. B. im Hafen von Constanta.

Mit Unterstützung des Interreg-NEXT-Programms für das Schwarzmeerbecken⁵⁰ arbeiten Bulgarien, die Türkei und Georgien zusammen, um **die Leistung im Logistiksektor zu verbessern**. Bis Ende 2027 soll im Rahmen des kürzlich eingeleiteten Projekts „BSB-LOGINET“⁵¹ ein Portal für den grenzüberschreitenden Austausch von Logistikinformationen in Betrieb genommen werden.

Als Folgemaßnahme zum Gipfeltreffen EU-Zentralasien (April 2025)⁵² leistet die EU Unterstützung bei der Beseitigung von Engpässen in Häfen am Schwarzen und am Kaspischen Meer und bei der Senkung der Transitkosten und trägt so dazu bei, das Handelsvolumen im Einklang mit dem Ziel der Schwarzmeerstrategie zu erhöhen, **die Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen zu vertiefen** und die Lieferketten zu sichern. Armenien erhält derzeit Unterstützung aus der von der EU kofinanzierten

⁴⁷ https://energy.ec.europa.eu/news/press-statement-dan-jorgensen-european-commissioner-energy-and-housing-and-parviz-shahbazov-minister-2026-03-03_en?prefLang=de.

⁴⁸ https://energy.ec.europa.eu/topics/international-cooperation/key-partner-countries-and-regions/neighbourhood-east_en?prefLang=de.

⁴⁹ https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/commission-unveils-eu-ports-strategy-strengthen-competitiveness-security-and-sustainability-european-2026-03-04_de.

⁵⁰ <https://blacksea-cbc.net/interreg-next-bsb-2021-2027>.

⁵¹ <https://www.blacksea-cbc.net/interreg-next-bsb-2021-2027/projects/bsb00959>.

⁵² <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/04/04/joint-declaration-following-the-first-european-union-central-asia-summit/>.

Fazilität für kritische Rohstoffe⁵³. Ziel der Fazilität ist es, globale Partnerschaften zu stärken und internationale Projekte zum Aufbau nachhaltiger und resilienter Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe voranzubringen. Die Ukraine und die zentralasiatischen Länder haben Partnerschaften für kritische Rohstoffe mit der EU unterzeichnet und haben Zugang zu dieser Fazilität. Die Diversifizierung der Einfuhrrouen und die Sicherung der Lieferketten im gesamten Schwarzen Meer werden weiterhin von entscheidender Bedeutung sein. Gleichzeitig unterstützt die EU Initiativen im Bereich der Kreislaufwirtschaft, um die Nachfrageseite zu steuern.

Im Einklang mit den Bemühungen, **digitale Verbindungen voranzubringen und ein vertrauenswürdigen digitales Umfeld zu schaffen**, wird die Kommission im zweiten Halbjahr 2026 einen Digitalgipfel zur Konnektivitätsagenda organisieren. Auf dem ersten Gipfeltreffen werden voraussichtlich Minister, führende Vertreter der Digitalwirtschaft und wichtige Investoren des Privatsektors aus der gesamten EU und Partnerländern zu einem hochrangigen Austausch über die Zukunft der regionalen digitalen Konnektivität zusammenkommen. Das Gipfeltreffen wird als Plattform zur Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen neue Technologien, Cybersicherheit und vertrauenswürdige digitale Infrastruktur dienen.

4.2. Integrierte Entwicklung für einen wettbewerbsfähigen Schwarzmeerraum

Im Jahr 2025 wurden bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung der Gemeinsamen maritimen Agenda für das Schwarze Meer⁵⁴ erzielt, wodurch das gemeinsame **Vorgehen zur Entwicklung einer nachhaltigen blauen Wirtschaft** unter der Koordination der Ukraine gestärkt wurde. Zu den wichtigsten Errungenschaften gehören die operative Arbeit des Unterstützungsmechanismus für den Schwarzmeerraum und der nationalen Zentren bei der Bereitstellung praktischer Unterstützung zur Verwirklichung der Ziele der blauen Wirtschaft, z. B. die Zusammenführung der regionalen Gemeinschaft der blauen Wirtschaft auf der Konferenz der Interessenträger der Gemeinsamen maritimen Agenda für das Schwarze Meer in Constanta, die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln, der Austausch bewährter Verfahren und die Unterstützung der Projektentwicklung. Durch nationale Veranstaltungen, insbesondere zur maritimen Konnektivität (Bulgarien) und zur nachhaltigen Aquakultur (Türkei), wurde das Bewusstsein der lokalen Akteure geschärft. Die Fachgruppe für Aquakultur schlug ein gemeinsames Programm zur Überwachung der Aquakultur vor. Die Fachgruppe für nachhaltigen Tourismus hat ihr erstes volles Tätigkeitsjahr abgeschlossen und die Grundlagen für eine langfristige regionale Vision für nachhaltigen Tourismus gelegt, die kulturelles Erbe, Innovation und gemeinschaftsbasierte Entwicklung miteinander verbinden würde. Bei all ihren Tätigkeiten förderte die Gemeinsame maritime Agenda für das Schwarze Meer die Angleichung im Schwarzmeerraum an umfassendere Prioritäten der EU, insbesondere an die EU-Mission „Wiederbelebung unserer Ozeane und Gewässer“ und den EU-Pakt für die Meere.

Um die **Zusammenarbeit in Meeresbecken** bei der maritimen Raumplanung zu erleichtern, veröffentlichte die Kommission im Januar 2026 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die aus dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und

⁵³ <https://crmfacility.eu/>.

⁵⁴ https://black-sea-maritime-agenda.ec.europa.eu/sites/default/files/2026-03/CMA%20-%202025%20implementation%20report%20_compressed.pdf.

Aquakulturfonds⁵⁵ finanziert wird. Ziel der Aufforderung ist es, innovative Lösungen für die EU-Mitgliedstaaten im Atlantik und im Schwarzmeerraum zu entwickeln, um Herausforderungen bei der Umsetzung, Überwachung und Überprüfung ihrer maritimen Raumordnungspläne zu bewältigen.

Um eine **nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen zu gewährleisten**, arbeitet die Kommission weiterhin eng mit der Allgemeinen Kommission für die Fischerei im Mittelmeer⁵⁶ (General Fisheries Commission for the Mediterranean, GFCM) zusammen, wobei der Schwerpunkt auf der Nachhaltigkeit durch Fangbeschränkungen und Bewirtschaftungspläne für wichtige Arten wie Steinbutt und Sprotte liegt. Die EU spielt eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der Einhaltung der Vorschriften, indem sie die illegale Fischerei im Rahmen der GFCM-Strategie 2030 bekämpft. Ein wichtiger Meilenstein wurde auf der GFCM-Jahrestagung 2025 erreicht, auf der die Arbeitsgruppe für das Schwarze Meer zu einem satzungsmäßigen Gremium innerhalb der GFCM erhoben wurde, wodurch ihre zentrale Rolle bei der Beratung über das regionale Fischereimanagement und die Erhaltung der Fischereiressourcen anerkannt wurde. Zum ersten Mal kam die GFCM überein, einen Mechanismus zur Überwachung und Sicherstellung der Einhaltung regionaler Fischereimaßnahmen einzuführen⁵⁷. Werden regionale Maßnahmen nicht eingehalten, wird die GFCM die Anrainerstaaten des Mittelmeers und des Schwarzen Meers auffordern, die festgestellten Mängel zu beheben.

Die EU leistet erhebliche finanzielle Unterstützung für GFCM-Initiativen. Mit dem seit langem bestehenden Projekt „BlackSea4Fish“ **wird weiterhin eine effektive wissenschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Fischerei gefördert**. Durch den Betrieb einer inklusiven, multinationalen operativen Plattform, die Interessenträger aus dem Fischereisektor zusammenbringt, hat das Projekt das Fachwissen und die wissenschaftlichen Kapazitäten auf nationaler Ebene gestärkt und es dazu bei, auf gleiche Wettbewerbsbedingungen für das Fischereimanagement hinzuwirken. Diese Bemühungen führen bereits zu messbaren Ergebnissen: Laut der Veröffentlichung der GFCM von 2025 mit dem Titel „The State of Mediterranean and Black Sea Fisheries“⁵⁸ (Die Lage der Fischerei im Mittelmeer und im Schwarzen Meer) ist der Prozentsatz der überfischten Bestände auf 52 % gesunken, den niedrigsten in den Zeitreihen verzeichneten Wert.

Auch das **Interreg-NEXT-Programm für das Schwarzmeerbecken** hat durch länderübergreifende Kooperationsprojekte, an denen Organisationen aus Armenien, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldau, Rumänien, der Türkei und der Ukraine beteiligt waren, weiter zur **Entwicklung und zum Zusammenhalt in der Region** beigetragen. Seit der Annahme der Strategie wurden zehn Projekte durchgeführt, um die nachhaltige Aquakultur und den Küsten- und Meerestourismus zu fördern, die maritime Raumplanung zu verbessern und die Zusammenarbeit mit anderen Meeresbecken zu stärken (siehe Projekte in Anhang I). So wird beispielsweise im Rahmen des Projekts „INTERSMARTS“ der Tourismus im Schwarzmeerbecken neu

⁵⁵ <https://black-sea-maritime-agenda.ec.europa.eu/node/755>.

⁵⁶ <https://www.fao.org/gfcm/en/>.

⁵⁷ https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/news/eu-leads-efforts-harmonise-fishing-rules-across-mediterranean-and-black-seas-countries-2025-11-11_en?prefLang=de.

⁵⁸ FAO (2025), The State of Mediterranean and Black Sea Fisheries 2025. Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer, Rom. <https://doi.org/10.4060/cd7701en>.

gestaltet. Mit Partnern aus Bulgarien, Griechenland, Moldau und der Türkei wurde im Rahmen des Projekts ein grenzüberschreitendes Netzwerk geschaffen, das im Jahr 2025 mehrere internationale Auszeichnungen für seine Innovationsplattform für intelligenten Tourismus und blaues Wachstum erhielt. Im Rahmen des BlueDial-Projekts wurde die länderübergreifende Plattform BlackBlueNET ins Leben gerufen, mit der die meerespolitische Governance im gesamten Schwarzmeerraum gestärkt werden soll.

Darüber hinaus hat die EU mit der im Februar 2026 angenommenen **Mitteilung zu den östlichen Regionen der EU an der Grenze zu Russland, Belarus und der Ukraine**⁵⁹ ihre Unterstützung für Stabilität, Wohlstand und Resilienz der östlichen Grenzregionen der EU, einschließlich entlang der Seegrenze Rumäniens und Bulgariens im Schwarzen Meer, verstärkt und dabei den Schwerpunkt auf fünf vorrangige Bereiche gelegt. Die Mitteilung ging mit dem ersten jährlichen politischen Dialog auf hoher Ebene und der Einführung der „**EastInvest-Fazilität**“ einher, einer speziellen Finanzierungsplattform, über die schätzungsweise mindestens 28 Mrd. EUR an privaten und öffentlichen Investitionen in diesen Regionen bereitgestellt werden.

Im Rahmen von „**Horizont Europa**“, dem Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, wurden im Berichtszeitraum insgesamt 205 Mio. EUR für 481 Finanzhilfen im Schwarzmeerraum bereitgestellt. Die Beteiligung der Schwarzmeeraanrainerstaaten zeigt ihre Bedeutung für die europäische Forschung und Innovation. Das operative Netzwerk der Förderer (zu dem Bulgarien, Rumänien, Georgien, Moldau, die Türkei und die Ukraine gehören) steuert die regionale Zusammenarbeit in diesem Bereich und stellt sicher, dass die **strategische Forschungs- und Innovationsagenda** (SRIA) für das Schwarze Meer wirksam umgesetzt wird. Zu den jüngsten Meilensteinen gehört die Veröffentlichung spezifischer Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Dezember 2025 im Rahmen des Arbeitsprogramms 2025-2026 der EU mit dem Titel „Wiederbelebung unserer Ozeane und Gewässer bis 2030“.

Die Plattform „**Digitaler Zwilling des Schwarzen Meers**“, die 2025 im Rahmen der von der EU finanzierten DOORS-⁶⁰ und BRIDGE-BS-Projekte⁶¹ ins Leben gerufen und in Zusammenarbeit mit wichtigen regionalen Interessenträgern⁶² entwickelt wurde, integriert Echtzeitdaten aus mehreren Quellen mit KI-gestützten Modellen der Meeresdynamik. Sie ermöglicht es den Nutzern, die Auswirkungen des Klimawandels und von Umweltbelastungen vorherzusagen, und fördert so eine fundiertere und evidenzbasierte Entscheidungsfindung.

Die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) ist ein wichtiger Anbieter methodischer Leitlinien und analytischer Unterstützung für die Innovationspolitik im Schwarzmeerraum, insbesondere in der Ukraine, Moldau und der Türkei. Im Februar 2026 wurde ein Workshop mit Vertretern der Volkswirtschaften aller

⁵⁹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52026DC0082>.

⁶⁰ <https://cordis.europa.eu/project/id/101000518/de>.

⁶¹ <https://cordis.europa.eu/project/id/101000240/de>.

⁶² Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung und Innovation (2025), Connecting the DOTs – An exploratory study of global activities and collaboration potential for Digital Ocean Twins, Kluckner, S. (Herausgeber), <https://data.europa.eu/doi/10.2777/2375732>.

Kandidatenländer konzipiert, um die strategische Vision der intelligenten Spezialisierung in konkrete Maßnahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umzusetzen, das Innovationsökosystem der Region zu stärken und die wirtschaftliche Integration mit der EU zu fördern.

5. SÄULE 3: UMWELTSCHUTZ, KLIMARESILIENZ UND-VORSORGE, KATASTROPHENSCHUTZ

Die EU setzt sich für nachhaltige Entwicklung und Vorsorge im Schwarzmeerraum ein und stärkt den Umweltschutz, die Klimaresilienz und den Katastrophenschutz.

LEITINITIATIVE 3: Vorsorge von Küstengemeinden und Sektoren der blauen Wirtschaft

Die Küstengemeinden am Schwarzen Meer sind mit den Auswirkungen des Klimawandels, der Umweltzerstörung und – in bestimmten Gebieten – mit Sicherheitsbedrohungen aufgrund anhaltender militärischer Aktivitäten konfrontiert. Zusammen wirken sich diese Belastungen auf die regionale Stabilität aus und beeinträchtigen die Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort. Gleichzeitig birgt das reiche natürliche und kulturelle Erbe der Regionen ein erhebliches Potenzial für nachhaltiges Wachstum und Innovation. Um dazu beizutragen, Herausforderungen zu bewältigen und Chancen zu ergreifen, hat die Kommission am 10. Juni 2026 zwei spezielle Strategien angenommen, eine für EU-Inseln und eine für EU-Küstengemeinden⁶³. Im Rahmen mehrerer Projekte werden vor Ort Maßnahmen zur Verbesserung der Vorsorge umgesetzt.

Die EU unterstützt die Bemühungen zur **Überwachung und Bewertung der zunehmenden Umweltschäden, die Russland durch seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiterhin verursacht**. Im Zeitraum 2025-2026 wurden im Rahmen des Projekts „Europäische Union für Umweltüberwachung im Schwarzen Meer“⁶⁴ Stichproben entnommen, um die Auswirkungen der Ölpest in der Straße von Kertsch im Dezember 2024 und der Zerstörung des Staudamms von Nowa Kachowka im Juni 2023 zu dokumentieren. Obwohl die Stichprobenahme schwierig und begrenzt ist, lieferte die Auswertung der gesammelten Daten Einblicke in die unmittelbaren und längerfristigen Auswirkungen des Krieges auf Umwelt, Gesundheit und Wirtschaft. Ein regionales Rundtischgespräch über kriegsbedingte Umweltverschmutzung, das im Juni 2025 im Rahmen der ukrainischen Koordinierung der Gemeinsamen maritimen Agenda für das Schwarze Meer stattfand, hatte zum Ziel, Prioritäten für Überwachungs- und Eindämmungsmaßnahmen zu ermitteln und gleichzeitig die regionale Zusammenarbeit zu fördern.

Die EU hat den **Datenaustausch und die Datenanalyse intensiviert**, um die gemeinsame Überwachung der Umwelt im Schwarzen Meer auszuweiten. Dazu gehört auch die Pflege der elektronischen Datenplattform für das Schwarze Meer⁶⁵, die die meisten der in der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der EU vorgeschriebenen Deskriptoren abdeckt und mehrjährige Datenreihen enthält. Die Einstufung

⁶³ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1318.

⁶⁴ <https://emblasproject.org/>.

⁶⁵ <https://blackseadb.org/>.

Moldaus⁶⁶ und der Ukraine⁶⁷ als mit der Europäischen Umweltagentur kooperierende Länder im Jahr 2026 ist ein weiterer vielversprechender Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit der EU und der regionalen Zusammenarbeit im Umweltbereich. Die Kommission **trug dazu bei, neue Technologien** zur Bewältigung klima- und umweltpolitischer Herausforderungen **zu nutzen**. Anfang 2026 ermöglichte die EU-Hilfe die Lieferung fortschrittlicher Analysegeräte zur Untersuchung der Wasserqualität und zur Bestimmung von Mikroplastik in die Ukraine. Die Arbeiten zur Einführung innovativer Methoden wie der Analyse und Modellierung von Umwelt-DNA (eDNA) wurden fortgesetzt.

Um die **regionale Zusammenarbeit und Governance im Umweltbereich weiter zu stärken**, setzte die Kommission ihre Arbeit im Zusammenhang mit dem Bukarester Übereinkommen zum Schutz des Schwarzen Meeres fort. Das Ständige Sekretariat der Schwarzmeerkommission war aktiv an der Steuerung verschiedener von der EU finanzierter Initiativen beteiligt. Das strategische Ziel der EU, diesem Übereinkommen beizutreten, bleibt weiterhin gültig.

Die Kommission hat in Zusammenarbeit mit der EMSA die Partnerländer am Schwarzen Meer weiterhin dabei unterstützt, **Meeresverschmutzung** zu verhindern und zu **verringern**. Im September nahmen mehrere Schwarzmeeranrainerstaaten an einer von der Türkei ausgerichteten Übung zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen teil. Die EMSA mobilisierte „Aktea II“, ihr Schiff zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen, und andere Spezialausrüstung. Die ukrainische Seehafenbehörde erhielt Ausrüstung zur Stärkung ihrer Notfallabwehrkapazitäten. Die EMSA leistete zudem Unterstützung bei der Ratifizierung, Umsetzung und Durchsetzung internationaler Seeverkehrsübereinkommen sowie bei der Umsetzung des EU-Besitzstands.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 34 Interreg-NEXT-Projekte für das Schwarzmeerbecken im Wert von fast 38 Mio. EUR (etwa 34 Mio. EUR an EU-Mitteln), die zu Säule 3 beitragen, durchgeführt oder eingeleitet. Zu den wichtigsten Initiativen gehören folgende: „AIRQUEST“, in dessen Rahmen derzeit ein integriertes System zur Überwachung der Luftqualität in der gesamten Region entwickelt wird, bei dem die satellitengestützte und die landgestützte Überwachung kombiniert werden; „MACRO CLEAN“, das einen methodischen Leitfaden für die Umwandlung von Makroalgen im Meer in Düngemittel und Biokunststoffe veröffentlicht hat, und „LEARN4SEA“, das Bulgarien und die Türkei bei der Einrichtung von Umweltinformationszentren unterstützt hat.

Die Kommission hat Mittel bereitgestellt, **um gemeinsame Initiativen zur Verbesserung der Umwelt- und Klimaresilienz, einschließlich der Wasserresilienz, voranzubringen**. Im Zeitraum 2025-2026 wurden im Rahmen regionaler Programme wie „EU4Climate Resilience“⁶⁸ naturbasierte Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel gefördert. Die Stadt Cantemir und die Gemeinde Ceadir-Lunga in Moldau erhielten Finanzhilfen für Pilotmaßnahmen zur Stärkung der lokalen Resilienz gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. In Armenien

⁶⁶ <https://www.eea.europa.eu/en/newsroom/news/eea-and-eionet-welcome-moldova-as-a-cooperating-country>.

⁶⁷ <https://www.eea.europa.eu/en/newsroom/news/eea-and-eionet-welcome-ukraine-as-a-cooperating-country>.

⁶⁸ <https://eu4climate.eu/>.

kommen diese Finanzhilfen den Gemeinden Gavar und Taschir zugute. Das Interreg-BRIGHT-Projekt unterstützt lokale Akteure in Bulgarien, Georgien, Moldau und der Türkei bei der Umsetzung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen im Einklang mit den Klimazielen der EU für 2050.

Die **EU-Wasserresilienzstrategie**⁶⁹ wurde im Juni 2025 angenommen und enthält einen proaktiven Ansatz zur Wiederherstellung und zum Schutz von Wasserkreisläufen von der Quelle bis zum Meer, zum Aufbau einer wasserintelligenten Wirtschaft und zur Gewährleistung der Wasserversorgungssicherheit für alle, um für Nachhaltigkeit und Resilienz zu sorgen. Politische Maßnahmen zur Stärkung der Wasserresilienz werden beispielsweise durch das Programm „EU4Green Recovery East“⁷⁰ unterstützt. Im Rahmen des Programms wird der Zusammenhang zwischen Wasser und Klima aus einer grenzüberschreitenden Perspektive beleuchtet, wobei der Schwerpunkt auf dem Südkaukasus liegt. Darüber hinaus unterstützt das neue Interreg-Projekt „Blue&Green Resilience“, das im März ins Leben gerufen wurde, Städte am Schwarzen Meer dabei, Wasserknappheit und Klimarisiken durch naturbasierte Lösungen und eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu bewältigen.

Die EU unterstützt aktiv Initiativen an der Basis, beispielsweise **Aufräumaktionen und Bildungsveranstaltungen**. Beispiele hierfür sind Beobachtungsprojekte zu Walen, an denen georgische Schülerinnen und Schüler teilnehmen, sowie ein „WaterTech Bootcamp“ in Aserbaidshan, bei dem junge Innovatoren ihre Lösungen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft vorstellten. In der Ukraine brachte die „Wochenendschule“ am Schwarzen Meer im Jahr 2025 vier Monate lang Kinder und Wissenschaftler zusammen; am Tag des Schwarzen Meeres wurden 29 Diplome verliehen.

Die **Vorsorge und das Katastrophenmanagement** sind im Einklang mit der **Strategie der Union zur Krisenvorsorge**⁷¹ vorangekommen. Im November wurde die vierte Phase des von der EU finanzierten regionalen Katastrophenschutzprogramms in den Ländern der Östlichen Partnerschaft eingeleitet, um die Katastrophenresilienz und die Reaktionsfähigkeit zu verbessern und gleichzeitig die Integration in das Katastrophenschutzverfahren der Union zu fördern. Die Kommission setzte zudem ihre bilateralen Bemühungen zum Kapazitätsaufbau fort, um die Katastrophenvorsorge und -prävention zu unterstützen: Im Jahr 2025 wurden sechs im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union finanzierte Projekte, an denen Einrichtungen aus der Türkei beteiligt sind (darunter ein von der nationalen Katastrophenschutzbehörde geleitetes Projekt mit Schwerpunkt auf einem ökosystembasierten Ansatz zur Stärkung des Wissensaustauschs und bewährter Verfahren zur Verknüpfung von Wiederherstellung von Ökosystemen, naturbasierten Lösungen sowie Katastrophenvorsorge und -prävention), zwei Projekte, an denen Einrichtungen aus Rumänien beteiligt sind (darunter ein von der nationalen Katastrophenschutzbehörde geleitetes Projekt mit Schwerpunkt auf der Stärkung der Kapazitäten für Such- und Rettungseinsätze im Falle von Luftfahrtvorfällen), und ein Projekt aus Moldau (unter Leitung der nationalen Katastrophenschutzbehörde, die eine Machbarkeitsstudie für

⁶⁹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52025DC0280>.

⁷⁰ <https://www.eu4greenrecoveryeast.eu/>.

⁷¹ https://commission.europa.eu/topics/preparedness_de.

ein nationales Frühwarnsystem entwickelt hat) erfolgreich abgeschlossen. Ein weiteres Projekt zur Verbesserung des Hochwassermanagements in Samsun, einem wichtigen Hafen am Schwarzen Meer, wurde im Jahr 2026 fortgesetzt. Im April 2026 wurde ein neues Projekt im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union unter Beteiligung der Türkei und Rumäniens sowie Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Portugals ins Leben gerufen, um das Kulturerbe mithilfe eines gesamtgesellschaftlichen Modells vor den Auswirkungen von Katastrophen zu schützen. Vor dem Hintergrund der sich vertiefenden Partnerschaft zwischen der EU und Armenien und im Vorfeld des ersten EU-Armenien-Gipfels am 5. Mai 2026 in Eriwan unterzeichneten die EU und Armenien eine neue Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Katastrophenschutz, die darauf abzielt, die Katastrophenresilienz, die Katastrophenvorsorge und die Zusammenarbeit bei der Katastrophenhilfe zu stärken.

Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union hat die EU rasch auf Hilfsersuchen Moldaus und der Ukraine reagiert. Im Jahr 2026 trug die EU-Hilfe dazu bei, Ölverschmutzungen im grenzüberschreitenden Fluss Dnister/Nistru, einer wichtigen Trinkwasserquelle für Moldau, zu bekämpfen, die durch russische Angriffe auf kritische Infrastrukturen in der Ukraine verursacht wurden. Die Verunreinigung des Flusses gefährdet nicht nur die Wasserversorgung, sondern auch die Integrität der aquatischen Ökosysteme und die allgemeine Wasserqualität in der Region. Rumänien, Belgien und Luxemburg halfen mit absorbierenden Materialien und Ausrüstungen. Absorbierendes Material wurde auch über den Dienst für außenpolitische Instrumente der EU bereitgestellt. Darüber hinaus mobilisierte das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) persönliche Schutzausrüstung aus seinen strategischen rescEU-Beständen in Deutschland und Polen und aktivierte Satellitenbilddienste der EMSA zur Erkennung und Überwachung von Ölverschmutzungen. In der Ukraine wurden als Reaktion auf anhaltende Angriffe auf die Energieinfrastruktur Generatoren und Transformatoren zur Verstärkung und Instandsetzung des Stromnetzes bereitgestellt. Die Lieferung des Wärmekraftwerks aus Vilnius war bislang die größte und komplexeste logistische Operation im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union; das Wärmekraftwerk bot eine elektrische Kapazität zur Versorgung von schätzungsweise einer Million Menschen.

Mehrere Interreg-NEXT-Projekte im Schwarzmeerraum haben zur regionalen Zusammenarbeit bei der Vorsorge und dem Katastrophenmanagement beigetragen. Im Rahmen von „IMPACT+“ wurde ein gemeinsamer Notfalleinsatzplan entwickelt, um die Notfallvorsorge in ländlichen Gebieten und die wirksame Koordinierung zwischen Behörden und lokalen Gemeinschaften zu verbessern. Im Rahmen des Projekts „CO-RESILIENCE“ wurde der Aufbau eines Schulungszentrums in Çatalca Elbasan in der Türkei für Fachkräfte und Freiwillige im Bereich der Waldbrandbekämpfung unterstützt, das eine zentrale Rolle bei der Stärkung der regionalen Kapazitäten zur Waldbrandprävention und -bekämpfung spielen wird. Ähnliche Investitionen sind in Kameno in Bulgarien und Nestoita in der Ukraine sowie im Rahmen eines mobilen Informations- und Präventionszentrums in Moldau geplant. Weitere im Jahr 2025 eingeleitete Projekte, darunter „NAT-RES“, „BSB-BSUAND“, „RISCARE“ und „ISTROS“ (siehe Anhang I), dürften die regionale Resilienz und Vorsorge weiter stärken.

Die Europäische Kommission spielt durch das Frühwarnsystem der Europäischen Gemeinschaft für den Informationsaustausch in radiologischen Notsituationen

(ECURIE) und die Europäische Plattform für den Austausch radiologischer Daten (EURDEP) eine Schlüsselrolle bei der **Reaktion auf radiologische Vorfälle**. Die Ukraine und die Türkei beteiligen sich derzeit an der EURDEP, und die Ukraine wird voraussichtlich 2026 der ECURIE beitreten.

6. AUSBLICK

Im ersten Jahr der Umsetzung haben die Kommission und die Hohe Vertreterin die Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern im Schwarzmeerraum erheblich intensiviert. Dabei wurden gemeinsame Interessen in den Mittelpunkt gestellt – sowohl im Rahmen neuer Initiativen wie die Konnektivitätsagenda als auch im Rahmen bereits etablierter Ströme der regionalen Zusammenarbeit, wie der Gemeinsamen maritimen Agenda für das Schwarze Meer und die strategische Forschungs- und Innovationsagenda für das Schwarze Meer.

Der Schwarzmeerraum bleibt eine zentrale Priorität der EU. Als Reaktion auf den zunehmenden geopolitischen Druck ist die EU entschlossen, einen einheitlichen Ansatz für Sicherheit und Konnektivität in der gesamten Region zu entwickeln.

Die erste Ministertagung zur regionenübergreifenden Sicherheit und Konnektivität im Oktober 2025 förderte die politische Entschlossenheit und ein gemeinsames Verständnis der gemeinsamen Interessen in einer vielfältigen Region, die mit erheblichen geopolitischen Herausforderungen konfrontiert ist. Für Ende 2026 ist eine Folgetagung auf Ministerebene geplant, um die starke politische Dynamik aufrechtzuerhalten, die erzielten Fortschritte zu überprüfen und sich auf die anschließenden vorrangigen Maßnahmen zu einigen.

Die gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen der Säule 1 „Sicherheit, Stabilität und Resilienz“ werden angesichts der zunehmenden Angriffe Russlands auf die zivile Infrastruktur der Ukraine, insbesondere die Energieinfrastruktur, und auf die Schwarzmeerhäfen der Ukraine fortgesetzt, um hybride Bedrohungen zu bekämpfen, die Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr zu verbessern und kritische Infrastrukturen und Handelsrouten zu schützen. In diesem Zusammenhang wird die EU die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres bei der Umsetzung des Konzepts eines regionalen Zentrums für maritime Sicherheit in Abstimmung mit den EU-Mitgliedstaaten und einschlägigen Partnerländern unterstützen.

Mit Säule 1 wird sichergestellt, dass die Schwarzmeerstrategie der EU Teil eines neuen EU-Policy-Mixes ist, der auf dem Grundsatz der „systematischen Verankerung der Krisenvorsorge“ aufbaut und zur langfristigen Resilienz in verschiedenen Sektoren beiträgt. Dieser Bericht über die Umsetzung der Schwarzmeerstrategie erfolgt in einem Kontext, in dem das Handeln der EU durch konkrete Maßnahmen ausgerichtet und gestrafft wird, die durch Initiativen wie den Aktionsplan zur Drohnen- und Drohnenabwehrsicherheit⁷², die Mitteilung zu den östlichen Regionen der EU an der Grenze zu Russland, Belarus und der Ukraine⁷³ oder die Strategie für die Häfen der EU⁷⁴ geprägt sind. Mit Blick auf die Zukunft wird die EU ihre

⁷² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52026DC0081>.

⁷³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52026DC0082>.

⁷⁴ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52026DC0112>.

Sicherheitszusagen gegenüber dem Schwarzmeerraum verstärken und für Kohärenz zwischen den Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen in der Region sorgen.

Die Umsetzung der Schwarzmeerstrategie, insbesondere im Rahmen der ersten Säule, trägt zum übergeordneten Ziel der EU bei, die Antizipation von Krisen, die Resilienz und die Fähigkeiten zur koordinierten Reaktion auf Krisen in ihren politischen Rahmen zu integrieren. Sie trägt auch zu einem kohärenteren und stärker integrierten Ansatz für Maßnahmen im Hinblick auf die Meeresbecken rund um die EU bei. Mit Blick auf die Zukunft werden Anstrengungen unternommen, um die Kohärenz zu stärken, insbesondere durch die Förderung des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen dem Ostsee- und dem Schwarzmeerbecken. Besondere Aufmerksamkeit wird der Bewältigung der Herausforderungen gewidmet, die sich aus der Schattenflotte mit Schiffen, die nicht den Normen genügen, dem Schutz kritischer maritimer Infrastruktur und der Abwehr hybrider Bedrohungen ergeben.

Im Rahmen der Säule 2 „Wachstum und Wohlstand“ wurden in der Strategie Maßnahmen zur Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und zur Stärkung der Konnektivität festgelegt, insbesondere durch die Leitinitiative zur regionenübergreifenden Konnektivitätsagenda und die Gemeinsame maritime Agenda für das Schwarze Meer. Diese Initiativen sind von zentraler Bedeutung für die Förderung von Handel, Investitionen und nachhaltigem Wachstum in der gesamten Region. Die Konnektivitätsagenda verdeutlicht die strategische Entschlossenheit der EU, Wohlstand, Zusammenarbeit und Stabilität im Schwarzmeerraum und in der Südkaukasusregion sowie in Zentralasien zu fördern. Die Kommission arbeitet eng mit Partnerländern und internationalen Finanzinstitutionen zusammen, um vorrangige Infrastrukturprojekte zu ermitteln und vorzubereiten und die für ihre Durchführung erforderlichen Investitionen zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang wird die im Juni 2026 ins Leben gerufene Plattform für die Konnektivitätsagenda ein Instrument zur Koordinierung sein und eine kohärente Entwicklungsplattform für den gesamten transkaspischen Verkehrskorridor bieten. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten zudem dabei unterstützen, das Engagement des Privatsektors im Rahmen der Projektpipeline zu fördern, die derzeit entsteht.

Zu den vorrangigen Maßnahmen gehört auch die Förderung von Synergien zwischen dem Schwarzmeerraum und der Donauregion im Sinne einer strategischen Verbindung für Konnektivität, wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung.

Als Nachfolger der Ukraine ist im Jahr 2026 Bulgarien für die Koordinierung der Gemeinsamen maritimen Agenda für das Schwarze Meer⁷⁵ verantwortlich. Die anstehenden Tätigkeiten und die für die zweite Hälfte des Jahres 2026 geplante jährliche Konferenz der Interessenträger werden dazu beitragen, den strategischen Dialog und die regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr, Umweltschutz, Innovation und nachhaltige Entwicklung der blauen Wirtschaft im Schwarzen Meer weiter zu stärken.

⁷⁵ <https://black-sea-maritime-agenda.ec.europa.eu/bulgaria-takes-lead-coordinating-common-maritime-agenda-black-sea-2026>.

Im Rahmen der Säule 3 „Umweltschutz, Klimaresilienz und -vorsorge, Katastrophenschutz“ trugen der Peer-to-Peer-Austausch und die Zusammenarbeit im Bereich Umwelt- und Klimaresilienz dazu bei, zügig Lösungen zu finden, auch für die durch die Aggression Russlands verursachte Umweltverschmutzung. Die EU wird weiterhin eng mit den Küstengemeinden zusammenarbeiten und ihre Unterstützung für diese weiter verstärken. Die Kommission wird die gesamte Bandbreite der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um koordinierte Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu intensivieren, die Klimaresilienz zu stärken und die Vorsorgemaßnahmen sowie den Katastrophenschutz in der gesamten Region zu verbessern.

Die EU setzt ist weiterhin entschlossen, zu einem sichereren, besser vernetzten und widerstandsfähigeren Schwarzmeerraum beizutragen, was für die Union und ihre Partner von strategischem Interesse ist, und gleichzeitig Möglichkeiten für nachhaltiges Wachstum auf eine Weise zu fördern, die auf gegenseitigen Nutzen und die Vorteile aller Seiten ausgelegt ist. Vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands und eines sich rasch wandelnden geopolitischen Umfelds wird die Umsetzung der Strategie flexibel und anpassungsfähig bleiben und an der kontinuierlichen Bewertung der Bedingungen und Herausforderungen, die ihre Umsetzung beeinflussen, ausgerichtet sein. Im Rahmen jeder der drei Säulen spielen die EU-Mitgliedstaaten und die Partnerländer eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele der Strategie. Auch in Zukunft werden die Kommission und die Hohe Vertreterin den ergebnisorientierten Dialog und gemeinsames Handeln auf allen Ebenen der Zusammenarbeit in den Vordergrund stellen, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf strategischer Wirkung, gemeinsamer Zielsetzung und der Erzielung greifbarer Ergebnisse in der Region liegt.

Annex A Große Mehrländerprojekte, die im Zeitraum 2025-2026 im Schwarzmeerraum durchgeführt werden

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektsumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
SÄULE 1												
Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Region der Östlichen Partnerschaft (Phase II)	1.2025- 12.2028				■	■		■		■	1,8	Beteiligung an EMPACT verstärken
Ausbildung und operative Partnerschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (TOPCOP) (Phase II)	7/2024 - 6/2028				■	■		■		■	5,2	Zusammenarbeit bei der Bekämpfung krimineller Bedrohungen stärken
Verbesserung der Cyberresilienz in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (Phase I)	12/2024 - 11/2027					■		■			1,7	Unterstützung bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften zur NIS-2-Richtlinie und Kapazitätsaufbau
Verbesserung der Cyberresilienz in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (Phase II)	12/2024 - 12/2026				■					■	1,8	Wie oben
CyberEast+: Verstärkte Maßnahmen gegen Cyberkriminalität zur Stärkung der Cyberresilienz in den Staaten der Östlichen Partnerschaft	3/2024 - 2/2027				■	■		■		■	3,5	Gewährleistung einer wirksameren strafrechtlichen Reaktion auf Cyberkriminalität
Unterstützung für die Länder der Östlichen Partnerschaft zur Verbesserung der Vermögensabschöpfung (Phase II)	10/2027				■	■		■		■	1,00	Unterstützung von Strategien und Verfahren zur Abschöpfung von Vermögenswerten und Erleichterung der operativen

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
												Durchführung bei der Abschöpfung von Erträgen aus organisierter Kriminalität
EU4MD II – EU4Monitoring Drugs (Phase II)	12/2027				■	■		■		■	1,00	Verbesserung der Überwachungs- , Bewertungs- und Bewältigungsfähigkeiten im Zusammenhang mit aktuellen Drogenproblemen
Resilient & Connected	12/2025 - 3/2028				■	■	■	■		■	5,00	Bekämpfung von Desinformation sowie Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Förderung der Medienkompetenz
Flexibler Reaktionsmechanismus (FRM)	2/2026 - 7/2027							■			18	Stärkung der Kapazitäten der Partnerländer zur Bewältigung hybrider Bedrohungen mit Schwerpunkt auf der Bereitstellung kritischer Ausrüstung Derzeit durchgeführt in MD, verfügbar in mehreren Ländern
SÄULE 2												
BLUE-GATES	9/2024 - 3/2027	■		■				■	■	■	1,40	Innovative Instrumente zur Verbesserung der Aquakultur und zum Schutz der Meeresressourcen
AQUABATOR	9/2025 - 9/2027	■							■	■	1,40	Innovationszentrum für nachhaltige Aquakultur

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
SUSDEST-NET	11/2025 – 5/2028	■	■	■				■	■		1,42	Sustainable Destinations Black Sea Network (Netzwerk nachhaltiger Reiseziele im Schwarzmeerraum)
SUSTAIN-2	12/2025 - 12/2027	■	■					■	■	■	1,09	Nachhaltigkeitsmodell für den Tourismus, unterstützt durch künstliche Intelligenz
MARMAPS	6/2024 - 12/2025	■	■							■	0,50	Gemeinsame maritime Raumplanung und Erhaltung der Meeresökosysteme
BIOSUSTAIN	12/2025 - 6/2027	■	■				■				0,55	Erhaltung der biologischen Vielfalt durch traditionelles und neuartiges Wissen
e-AQUAF	2/2026 - 8/2028	■	■	■	■		■			■	1,40	Intelligente Aquakulturlösungen
EfxINNOs	8/2024 - 2/2027	■	■	■			■		■		1,64	Marine Technology Transfer Network for Blue Economy (Meerestechnologie-Transfernetz für die blaue Wirtschaft)
BlueDial	2/2026 - 8/2027	■		■			■			■	0,50	Unterstützung der Koordinierung und Abstimmung nationaler und regionaler Strategien mit der Gemeinsamen maritimen Agenda für das Schwarze Meer und einer gemeinsamen Vision für eine nachhaltige blaue Wirtschaft
INTERSMARTS	6/2024 - 12/2025	■	■				■	■			0,55	Verbesserung der Nachhaltigkeitsleistung und der

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens									Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA			
													Innovationsabsorption im Tourismus und im Dienstleistungssektor
Fazilität für Investitionen in Konnektivität im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (EPIC)	12/2021 - 12/2028				■	■	■	■	■	■	NDICI		Beratung und technische Unterstützung zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen
EU4Energy Phasen II und II+	1/2021 - 12/2025				■	■	■	■	■	■	NDICI	13,49	Erleichterung regulatorischer Reformen für die Energiewende und die Liberalisierung des Energemarkts
EU4Innovation East	4/2024 - 9/2028				■	■		■		■	NDICI	22,12	Entwicklung leistungsstarker Gründerzentren, Ausweitung der Finanzierungs- und Marktchancen für Start-up-Unternehmen
Fazilität „EU4Digital“	6/2022 - 9/2026				■	■		■		■	NDICI	16,00	Unterstützung der Integration in den digitalen Binnenmarkt der EU
EU4Digital: Investitionen in Breitband-Konnektivität	11/2023 - 11/2026				■	■		■	■	■	NDICI	5,00	Breitbandkartierung für die Investitionsplanung im Bereich der digitalen Konnektivität
SÄULE 3													
Black Sea SIERRA	10/2023 - 9/2026	■		■					■	■	EMFAF	0,75	Krisenvorsorge zur Bewältigung von Umweltschäden im zivilen und militärischen Kontext
RESPONSE	10/2023 - 9/2026	■	■	■			■			■	EMFAF	0,60	Schulungen und Lehrpläne für die Überwachung, Berichterstattung, das Management und die Eindämmung der

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
												Meeresverschmutzung mit Schwerpunkt auf der durch bewaffnete Konflikte verursachten Verschmutzung
ANEMONE PLUS	9/2025 - 3/2028	■		■					■	■	1,48	Bewertung der Anfälligkeit des Meeresökosystems des Schwarzen Meeres für menschliche Belastungen
ALGAERIVIVE	9/2024 - 3/2027	■		■			■			■	1,47	Nutzung der Algenenergie zur Verringerung der Umweltverschmutzung und für blaues Wachstum
AIRQUEST	7/2024 - 7/2026	■		■					■	■	1,20	Mobilisierung von Gemeinschaften für die Luftqualität
IASON+	6/2024 - 12/2026		■	■			■		■	■	1,40	Beobachtungsstelle für invasive gebietsfremde Arten und Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels und der Ökosystemleistungen
BS-SEOS	10/2024 - 3/2027			■			■		■		1,29	Black Sea Smart Marine Environmental Outcome System (Intelligentes Meeres- Umweltergebnissystem für das Schwarze Meer)
LAP-BACK	9/2024 - 9/2026		■				■		■	■	1,46	Stärkung der lokalen Interventionskapazitäten im

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
												Zusammenhang mit dem Klimawandel
MACRO-CLEAN	9/2024 - 3/2027	■					■		■		1,51	Forschung und Pilotanwendung von Reinigungsmethoden zur Bekämpfung der Massenvermehrung von Algen
MicroDanger	12/2025 - 6/2028			■			■		■		1,45	Öffentlichkeitsarbeit zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik
HERO	12/2025 - 12/2027	■					■		■		1,64	Bekämpfung der Umweltauswirkungen auf Riffe
AGRIPERMA	12/2025 - 6/2027	■					■	■			0,44	Austausch von bewährten Verfahren und Wissen über regenerative Landwirtschaft und Permakultur
STEP2CleanPlan	7/2024 - 1/2026	■	■						■		0,50	Zusammenarbeit bei der Planung und Überwachung nachhaltiger Energie- und Klimaschutzmaßnahmen
SG4Y-CLIMATE	11/2025 - 5/2027			■				■	■		0,55	Beteiligung junger Menschen am Klimaschutz
NAT-RES	11/2025 - 11/2027		■						■	■	1,64	Fortschrittliche Technologien zur Antizipation und Eindämmung von sowie zur Reaktion auf Naturkatastrophen, die technologische Katastrophen auslösen

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens									Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA			
BSB-BSUAND	9/2025 - 3/2027	■	■						■		Interreg NEXT BSB	0,50	Gemeinsames Vorgehen gegen Naturkatastrophen
RISCARE	9/2025 - 9/2027	■		■					■		Interreg NEXT BSB	1,64	Gemeinsame Verfahren und Schulungen für Soforteinsätze
ISTROS	9/2025 - 3/2028			■				■		■	Interreg NEXT BSB	1,28	Stärkung des Schutzes der biologischen Vielfalt
CO-RESILIENCE	6/2024 - 8/2026	■						■	■	■	Interreg NEXT BSB	1,48	Zusammenarbeit beim Aufbau von Kapazitäten für die Resilienz von Gemeinschaften gegenüber Waldbränden sowie für Frühwarnsysteme
IMPACT+	7/2024 - 1/2026	■		■			■	■			Interreg NEXT BSB	0,55	Verbesserung der Notfallmaßnahmen bei Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen in kleinen Gemeinden
SPEER-A	9/2025 - 1/2028	■	■	■					■		Interreg NEXT BSB	0,76	Stärkung der Notfall- und Rettungskapazitäten bei Erdbeben
DARE-EU	12/2025 - 12/2027	■						■	■		Interreg NEXT BSB	2,33	Katastrophenhilfe und - bewältigung in Moldau, Bulgarien und der Türkei
REDA_NEXt	10/2025 - 3/2027		■	■					■		Interreg NEXT BSB	0,50	Schnellbewertung der Erdbebenschäden – erweitert
GREEN URBAN RESILIENCE	7/2024 - 9/2026	■	■				■		■		Interreg NEXT BSB	1,29	Grüne Lösungen für städtische Gebiete zur Bekämpfung von

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
												Klimawandel, Hitzestress und thermischer Unbehaglichkeit
LEARN4SEA	6/2024 - 8/2026	■		■			■		■		0,82	Gemeinsames Lernen für umweltfreundliches Verhalten auf Gemeinschaftsebene
CAGOS	6/2024 - 12/2026	■		■				■		■	1,49	Saubere Bereiche, grüne und offene Straßen
EcosySTEM	7/2024 - 7/2026	■	■						■		1,63	Stärkung der Rolle von Kindern für ökologische Nachhaltigkeit durch E-STEM
EcoYOU	6/2024 - 12/2025			■			■	■			0,43	Sauberes und grünes Denken für umweltfreundliches Verhalten
UCare	8/2025 - 8/2027		■	■				■			1,47	Grüne Infrastruktur für die Anpassung an den Klimawandel und den Wiederaufbau in Städten
DIALOGUE	9/2025 - 12/2026										0,54	Dialog für Innovation und bessere Governance
easyPEST	12/2025 - 6/2027		■				■		■		0,52	Einrichtung eines Systems zur Überwachung von Pflanzenschädlingen
GwB	12/2025 - 6/2028	■	■				■		■		0,95	Entscheidungshilfesystem für die globale Wasserbilanz
GreenS4BlackSea	12/2025 - 6/2027		■				■		■		0,45	Schutz von Urwäldern als grüne Lösung für das Schwarze Meer
WISE-WASTE	12/2025 - 12/2027	■	■				■		■		1,48	Zusammenarbeit bei der Abfallbewirtschaftung und der

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
												Verringerung der Umweltverschmutzung
Sustain BIO&CLIMA	12/2025 - 6/2028	■	■	■					■		1,61	Verbesserung der Zugänglichkeit, der biologischen Vielfalt und der Klimaresilienz durch nachhaltige Verfahren
EU4EMBLAS	4/2021 - 6/2026						■			■	2,19	Monitoring-Erhebungen und -Ausrüstung, Sensibilisierung und Beteiligung der Öffentlichkeit
Stärkung der ökologischen Widerstandsfähigkeit und der Seeverkehrssicherheit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres und des Kaspischen Meeres (BCSEA II)	9/2026					■	■	■	■	■	4,50	Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr und des Umweltschutzes durch Ausbildung, bessere Überwachung des Schiffsverkehrs und Kontrolle der Umweltverschmutzung
EU4ClimateResilience	1/2024 - 12/2027				■	■	■	■		■	19,58	Unterstützung der Gestaltung und Umsetzung der Klimapolitik
EU4Green Recovery East	1/2025 - 12/2028				■	■		■		■	21,30	Förderung der Wasserresilienz, der Kreislaufwirtschaft, der Angleichung der Rechtsvorschriften und grenzüberschreitender Projekte
Prävention, Vorsorge und Reaktion bei Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen in den Ländern der Östlichen	11/2025 - 10/2029				■	■		■		■	5,00	Stärkung der Systeme für das Katastrophenrisikomanagement und Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem

Bezeichnung des Projekts	Dauer (Beginn- Ende, Monat/Jahr)	Am Projekt beteiligte Länder des Schwarzmeerbeckens								Instrument	Mittel (in Mio. EUR)	Projektumfang
		BG	EL	RO	AM	AZ	GE	MD	TR	UA		
Partnerschaft – Phase 4 (PPRD East 4)												Katastrophenschutzverfahren der Union

* Die EU-Mittel für Interreg-NEXT-Projekte im Schwarzmeerraum belaufen sich auf 90 % der gesamten Projektausstattung.